

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 5/6

Bonn - im Juli/August 1953

I N H A L T

LACHENDE DRITTE	S. 1
ÜBER DAS GEBOTENE MASS HINAUS.....	S. 2
OCHSENFURT!	S. 4
CHRONIK DES ERFOLGES	S. 10
DAS NEIN DER SPD	S. 16
„PARADIES“ JENSEITS DES VORHANGS	S. 18
POLITISCHER QUERSCHNITT	S. 24
EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN	S. 28
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 30

LACHENDE DRITTE

Ein Wort zum Wahlkampf

Der Wahlkampf hat bereits mit einigen schrillen und höchst unharmonischen Trompetenstößen eingesetzt. Nun gehört es zum Kampf, daß er mit aller sachlichen Schärfe geführt wird. Aber es ist einiges geschehen, das mit der Sachlichkeit nichts mehr zu tun hat. Deshalb muß rechtzeitig ein ernstes Wort gesagt werden.

Die Entartung des politischen Kampfes war wesentlich dafür verantwortlich, daß sich in der Weimarer Republik die Nationalsozialisten hochspielen konnten. Ein erheblicher Teil der parteipolitischen Auseinandersetzungen wurde damit bestritten, daß man sich gegenseitig unredlicher und eigensüchtiger Beweggründe beschuldigte und die Politiker der anderen Richtung durch „Enthüllung“ von „Skandalen“ herabzusetzen versuchte. Man sägte damit den Ast ab, auf dem man selbst saß, denn diese Art des politischen Kampfes unterwühlte das Ansehen der Demokratie und des Parlamentarismus auf die Dauer tödlich. So wurde der Boden vorbereitet, auf dem das national-

sozialistische Unkraut wuchern konnte, bis es alles um sich her erstickte.

Wir halten darum nicht viel von Reden, wie sie der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Reinhold Maier, auf dem Lübecker Parteitag der FDP gehalten hat. Sie hören sich streitbar und mutig an, aber sie tragen das Gift der Zersetzung in sich. Sie sind geeignet, so aufreizend zu wirken, daß es zu Entgegnungen wie der des CDU-Abgeordneten Dr. Wuermeling kommt. Wenn man aber immer auf einen Schelmen anderthalbe setzt, entsteht eine Kette ohne Ende. Unversehens ist alles rettungslos verhärtet und verkrampft, und d i e l a c h e n d e n D r i t t e n sind diejenigen, die nur auf Handhaben warten, um landauf, landab zu verkünden, die Demokratie widerlege sich durch ihre Praxis selbst. In diesen Zusammenhang gehört nicht zuletzt, daß die SPD behauptete, eine Meinungsumfrage der amerikanischen Hochkommission habe eine wachsende Abneigung der deutschen Bevölkerung gegen die EVG ergeben - wozu die amerikanische Hochkommission nur feststellen konnte, daß sie eine solche Umfrage niemals veranstaltet hat.

Wir meinen, wenn im deutschen Volk Verständnis für die Demokratie geweckt und es zur Mitarbeit am Staat herangezogen werden soll, dann muß man mit ihm - auch im Wahlkampf - über d i e Fragen sprechen, von denen es selbst bewegt wird. Das sind die großen und schweren Fragen seines Schicksals und seiner Zukunft. Hierüber soll man sich ernst und gründlich und auch mit Schärfe auseinandersetzen. Aber man soll bei diesem Kampf nicht auch gleichzeitig die Demokratie zugrunderichten.

v. L.

ÜBER DAS GEBOTENE MASS HINAUS...

Niemöller durchbricht die parteipolitische Neutralität der Kirche

Ein kürzlich an die westdeutsche Bevölkerung gerichteter „Wahlaufruf“ des hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller DD, in dem er die Politik der Bundesregierung heftig angreift und die Schaffung eines neutralistischen Blocks für die kommende Bundestagswahl empfiehlt, hat in evangelischen Kreisen Erregung und Empörung hervorgerufen.

Zur Information

Pastor Mochalski, Darmstadt, der den Aufruf Niemöllers bekanntgab, nannte als Gruppen, die sich zusammenfinden könnten, die Gesamtdeutsche Volkspartei (Dr. Heinemann), die Freie Soziale Union, das Zentrum und den Bund der Deutschen (Dr. Wirth).

Am 17. Juli erklärte Dr. Heinemann auf einer Pressekonferenz in München, das geltende Wahlgesetz zwingt ihn, auch mit den kleinsten Gruppen Fühlung aufzunehmen. Er verhandele zur Zeit mit der Freien Sozialen Union über ein Wahlabkommen. Ferner seien Besprechungen mit dem Bund der Deutschen vorgesehen, den er keineswegs für eine rein kommunistische Gruppe halte. - Nur einen Tag zuvor hatten in Bonn fünf frühere Funktionäre der KPD vor dem Bund der Deutschen des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Wirth eindeutig gewarnt: „Wer für den Bund der Deutschen arbeitet, macht sich zum Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik.“ Dr. Hilarius Rady, der bis zum

vorigen Monat der KPD und dem provisorischen Vorstand des Bundes der Deutschen angehörte, teilte mit, daß im Bund der Deutschen eine Anzahl Kommunisten im Parteiauftrag tätig seien und dieser Bund aus Mitteln der SED finanziert werde.

Am 18. Juli wurde in Mannheim zwischen Vertretern der Gesamtdeutschen Volkspartei, des Bundes der Deutschen und der Freien Sozialen Union eine Vereinbarung über das Zusammengehen bei der Bundestagswahl erzielt. Am 20. Juli gaben in Bonn die Vorstände der Gesamtdeutschen Volkspartei und des Bundes der Deutschen bekannt, daß der Bund der Deutschen seinem Parteitag empfehlen werde, keine eigenen Wahlvorschläge für die Bundestagswahl einzureichen, sondern "die Stimmen seiner Anhänger der Liste der Gesamtdeutschen Volkspartei zuzuführen".

Evangelische Antworten

Bundestagspräsident D. Dr. Hermann E h l e r s erklärte, Kirchenpräsident Niemöller habe mit seiner einseitigen Stellungnahme die parteipolitische Neutralität der Kirche endgültig durchbrochen. Der Wille der evangelischen Menschen, die die Politik der Bundesregierung vertreten, die Kirche aus dem politischen Meinungsstreit herauszuhalten, sei dadurch ernstlich in Frage gestellt. „Es wird erforderlich sein, gegen den einseitigen, die Tatsachen entstellenden Aufruf des Kirchenpräsidenten mit aller Schärfe Front zu machen.“ Da der Deutsche Evangelische Kirchentag sich entschlossen habe, in Hamburg mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen Politiker nicht zu Worte kommen zu lassen, müsse die Frage gestellt werden, ob es möglich sei, Kirchenpräsident Niemöller auf diesem Kirchentag zweimal das Wort zu geben.

Bundestagsabgeordneter Dr. Robert T i l l m a n n s, Berlin, erklärte: „Derselbe Mann, der auf der Hamburger Synode der Evangelischen Kirche versprochen hat, sich künftig in politischen Dingen zurückzuhalten, erläßt nun einen Wahlauftrag. Massiver kann man sich wohl nicht in die Politik einmischen. Damit muß sich zunächst die Kirche befassen, auch wenn Herr Niemöller erklärt, er habe nur persönlich gesprochen. Ein Mann seines kirchlichen Ranges kann in der Öffentlichkeit gar nicht nur privat reden. Daß Herr Niemöller es mit den Neutralisten von Heinemann bis Wirth hält, ist nicht neu. Man hatte nur gehofft, die jüngsten Ereignisse im Machtbereich der Sowjets, vor allem die Volkserhebung vom 17. Juni, hätten ihn endlich zu der Erkenntnis gebracht, daß die Menschen in der Sowjetzone nur eines wollen, nämlich die Befreiung von der Sklaverei des Kommunismus. Wir notieren, daß diese Hoffnung enttäuscht wurde.“

Oberkonsistorialrat Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r, MdB, Stuttgart, erklärte: „Es ist tief beklagenswert, daß Kirchenpräsident Niemöller sich auch durch den Aufschrei der nach Freiheit durstenden deutschen Bevölkerung der Sowjetzone nicht veranlaßt gesehen hat, seinen fatalen politischen Dilettantismus einer Überprüfung zu unterziehen. Ein Mann, dessen Gewissen in Sachen der Wahrheit geschärft sein sollte, hat damit in unverantwortlicher Weise die Politik des Bundeskanzlers und der Mehrheit des Deutschen Bundestages verdächtigt. Politisch hat Niemöller nichts anzubieten als das Rezept Moskaus. Für die bedeutsamste politische Idee des 20. Jahrhunderts, die Wiedervereinigung Deutschlands in einem vereinigten Europa, hat er bis jetzt nicht das bescheidenste Verständnis aufgebracht. Es hätte der zusätzlichen Erklärungen von Pastor Mochalski gar nicht bedurft, um jedermann klar zu machen, daß – gleichgültig ob Niemöller es so will oder nicht – mit seinem Aufruf lediglich der Verwirrung im Interesse des Kreml gedient wird. Das von Mochalski

angestrebte Abkommen mit dem Bund der Deutschen Wirth's beleuchtet hinreichend, daß sich hier die halblinken Satelliten Moskaus zu formieren versuchen."

Oberkirchenrat Adolf C i l l i e n, Hannover, erklärte: „Martin Niemöller hat es sehr oft verstanden, uns mit seinen Kundgebungen zu überraschen. Diesmal ist man weniger überrascht als vielmehr erschüttert, wenn man lesen muß, wie ein Mann seines Amtes und Ranges die Pflicht zur Objektivität verläßt. Ist denn der Bundestag nicht vom Volk gewählt und gehalten, gemäß dem Auftrag der Wähler Politik zu treiben? Wie kann man dieser gewählten Volksvertretung dann vorwerfen, daß sie an der Meinung des Volkes achtlos vorübergehe? Wie kann man der Regierung vorwerfen, sie habe eine direkte Volksbefragung abgelehnt, da das Grundgesetz eine solche Befragung doch gar nicht ermöglicht? Niemöller tadelt also die Regierung öffentlich, weil sie sich – entgegen seinen persönlichen Wünschen – weigert, verfassungswidrig zu handeln. Wenn Niemöller dann sagt, die Regierung habe die Presse und den Rundfunk gehindert, das Volk aufzuklären, dann müssen sich Presse und Rundfunk dazu selbst äußern. Wie uneingeschränkt in der Bundesrepublik die Meinungsfreiheit ist, wie selbstverständlich und wie geschützt sie ist, dafür gibt es keinen besseren Kronzeugen als Martin Niemöller, der mit seinen Kundgebungen immer wieder lebendiger Beweis dafür ist, daß die Gegner der Bundesrepublik – anders als in der Sowjetzone – volle Freiheit des Redens, des Schreibens und des Gedrucktwerdens genießen. Diese Freiheit sollte allerdings an die Verpflichtung zu objektiver Darstellung gebunden sein."

Staatssekretär Dr. Walter S t r a u s s gab auf dem Landesparteitag der hessischen CDU in Fulda am 19. Juli für die evangelischen Mitglieder des Landesverbandes Hessen folgende Erklärung ab:

„Wir begrüßen es, wenn leitende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche zu den politischen Anliegen des deutschen Volkes Stellung nehmen. Wer hierbei aber der Sache und der Form nach das gebotene Maß überschreitet, dem müssen wir zurufen: 'Wer Sturm sät, wird Sturm ernten!' – Kirchenpräsident Niemöller hat in seinem Wahlauf Ruf dieses Maß außer acht gelassen. Er hat die Politik unseres Kanzlers, der Bundesregierung und der Mehrheit des Deutschen Bundestages in diffamierender Weise angegriffen. Er befürwortet eine Parteienzersplitterung, wie sie zum Untergang der Weimarer Republik geführt hat. Er verkennet, daß die von ihm empfohlenen Splittergruppen, auch soweit sie subjektiv reinen und ehrlichen Herzens sind, als Schrittmacher des Bolschewismus und damit der Sklaverei wirken müssen. Unser Volk, an dessen Meinung Kirchenpräsident Niemöller appelliert, wird seine Antwort am Wahltag erteilen. Nur der Weg Konrad Adenauers, zu dem wir uns leidenschaftlich bekennen, wird Deutschland wiedervereinen und dem deutschen Volk den Frieden erhalten."

OCHSENFURT !

Seit langer Zeit hat kein Ereignis im kirchlich-politischen Raum ein derartiges Aufsehen erregt wie die Vorfälle anläßlich der Inbetriebnahme der neuen Zuckerfabrik in Ochsenfurt. Keine Zeitung ist daran vorbeigegangen, die Parteien haben sich damit

befast, zahllose Briefe sind geschrieben worden – viele in Sorge, viele in Empörung, manche in höhnischer Genugtuung: wir haben es ja immer gesagt Es handelt sich bei dem Ochsenfurter Zwischenfall um den ernstesten Zusammenstoß, der seit vielen Jahren in Deutschland zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche stattgefunden hat. In einer solchen Situation kann nur offenes und sachliches Reden weiterhelfen. Zunächst:

Was ist wirklich geschehen?

Vor zwei Jahren erfolgte die Grundsteinlegung der Zuckerfabrik. Die Weihehandlung hat damals der Bischof von Würzburg allein vorgenommen. Das Bischöfliche Ordinariat Würzburg erklärt, das sei wegen des vorwiegend katholischen Charakters der Stadt Ochsenfurt so geschehen; der lutherische Dekan habe wie die Vertreter anderer Behörden als Gast teilgenommen. Das Evangelisch-Lutherische Dekanat Würzburg dagegen begründet diesen Vorgang damit, daß die Agende der lutherischen Kirche Weiheakte für Grundsteine nur bei kirchlichen Gebäuden vorsehe, Weiheakte für Häuser aber auch bei anderen Baulichkeiten kenne.

Als der Bau der Fabrik seiner Vollendung entgegenging, wurde von der Direktion über die Mitwirkung der Kirchen an der Einweihungsfeier verhandelt. Der Wunsch, die Geistlichen beider Konfessionen zu beteiligen, entsprang offenbar der Tatsache, daß die Direktion zu 80% und die das Werk beliefernden Bauern zu mindestens 50% evangelisch sind. Der die Verhandlungen führende Direktor traf Absprachen mit den Geistlichen beider Konfessionen. Eine unmittelbare Verständigung über den Verlauf der Feier zwischen dem katholischen und dem evangelischen Ortspfarrer ist – man muß sagen: leider – unterblieben.

Das Evangelisch-Lutherische Dekanat stellt fest, daß es seit dem 4. Juni, d.h. mehr als drei Wochen vor der Einweihung, von der Beteiligung der evangelischen Seite unterrichtet gewesen sei. Danach sollte nach der Weihehandlung des Bischofs von Würzburg der lutherische Dekan mit einer kurzen Ansprache und einem Gebet die Fabrik ihrer Bestimmung übergeben. Auch hinsichtlich der Anfahrt und ihrer Reihenfolge war mit der Fabrikleitung eine entsprechende Vereinbarung erfolgt.

Das Bischöfliche Ordinariat berichtet, daß der lutherische Pfarrer das katholische Pfarramt einige Zeit vor der Einweihungsfeier fernmündlich gefragt habe, ob ihm Einladung und Programm zugegangen seien. Der katholische Geistliche habe bei dieser Gelegenheit den Hergang der Grundsteinlegung vor zwei Jahren geschildert. Zehn bis vierzehn Tage vor der Feier habe der lutherische Pfarrer sich noch einmal Auskunft über die Grundsteinlegung erbeten und dazu bemerkt, damals sei ein Fehler unterlaufen, da der evangelische Dekan nicht in Funktion getreten sei. Der katholische Pfarrer habe den Ablauf der Grundsteinlegung nochmals dargelegt und erklärt, daß der gleiche Hergang mit dem Direktor der Zuckerfabrik auch für die Einweihung vereinbart worden sei. Direktor Gerstberger habe dem katholischen Pfarramt diese Auffassung bestätigt.

Einige Tage vor der Einweihungsfeier hat es dann noch einmal ein Telefongespräch zwischen den Pfarrämtern gegeben über die Reihenfolge der Wagen bei der Anfahrt. Dabei erklärte der katholische Pfarrer, der Bischof werde die Fabrik als letzter betreten und die Weihe sofort nach seiner Ankunft vornehmen. Das Bischöfliche Ordina-

riat betont, daß von einem protestantischen Weihevorbereitung nicht gesprochen worden sei; das katholische Pfarramt habe annehmen müssen, der Bischof weihe die Fabrik allein. Demgegenüber stellt das Evangelisch-Lutherische Dekanat fest, die Fragen des äußeren Hergangs hätten sich im einzelnen nicht klären lassen, es habe aber Grund zu der Meinung, daß das katholische Pfarramt von dem geplanten Erscheinen des Würzburger lutherischen Dekans mit zwei Assistenten im Talar Kenntnis gehabt habe.

Das Bischöfliche Ordinariat berichtet weiter, das katholische Pfarramt von Ochsenfurt habe am Sonnabend, dem 27. Juni, also am Tage vor der Feier, zum ersten Mal erfahren – und zwar von einem Herrn der Zuckerfabrik anlässlich einer Probe für die Weihe in der Fabrik selbst –, daß der lutherische Dekan ein Gebet sprechen werde. Der katholische Geistliche weist darauf hin, daß er den Bischof zur Unterrichtung über diesen Plan erst am Sonntag habe erreichen können. Das Bischöfliche Ordinariat sagt in seiner Stellungnahme: „Das Programm wurde weder dem Bischof, noch dem katholischen Pfarrer zugesandt. Der Inhalt des Programms war weder dem Bischof, noch dem katholischen Pfarrer bekannt.“ Darüber hinaus glaubt das Ordinariat, zu diesem Sachverhalt erklären zu müssen: „Fest steht jedoch, daß dem katholischen Pfarrer diese Tatsache verborgen gehalten wurde.“ Bleibt schließlich noch die Feststellung des – katholischen – Direktors der Zuckerfabrik, Hollik, zu erwähnen, daß der genaue Ablauf des Programms vorher festgelegt und mit den Ortsgeistlichen beider Konfessionen abgesprochen worden sei.

Der 28. Juni hat dann mit Gottesdiensten beider Konfessionen begonnen. Während des evangelischen Gottesdienstes erfolgte ein Anruf des katholischen Pfarramtes mit der Frage, ob die evangelischen Geistlichen bei der Einweihungsfeier im Talar anwesend sein würden – es würden sich dann Schwierigkeiten ergeben. Nach dem Bericht des Bischöflichen Ordinariats hatte der Bischof in dieser ihn „überraschenden Zwangslage“ erklärt, er werde nach dem Gottesdienst Ochsenfurt ohne Vornahme der Weihe sofort verlassen, wenn der protestantische Dekan kirchenamtlich in Funktion trete“. Parallel dazu liefen die Versuche eines höchst bestürzten Direktors der Zuckerfabrik, den Dekan zu veranlassen, „um der Sache willen – in dieser unvorhergesehenen peinlichen Situation – doch ohne Talar zu erscheinen und nach dem katholischen Weiheakt als erster eine Ansprache zu halten“. Der Dekan erwiderte darauf: „er wolle sich nach Kräften in der Öffentlichkeit dafür einsetzen, daß auf die Zuckerfabrik, die sich korrekt benommen habe, kein Schatten falle – er müsse aber unter diesen Umständen jegliche Beteiligung ablehnen“.

In dem Bericht des Bischöflichen Ordinariats heißt es: „Daraufhin fand die Weihe durch den Bischof allein statt.“

Die durch diese Vorgänge unter den Protestanten entstandene Erregung führte zu Protesten und insbesondere zu unerfreulichen Vorkommnissen beim Erscheinen des Bischofszuges.

Der lutherische Dekan erklärte nach dem Zwischenfall, er werde alle ihm zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um bei der Regierung und allen zuständigen Stellen völlige Parität durchzusetzen; konfessionelle Gebäude würden selbstverständlich konfessionell geweiht, interkonfessionelle Gebäude, Brücken usw. könnten dagegen

in konfessionell gemischten Gebieten entweder nur von beiden Konfessionen geweiht werden (wie in vielen anderen Gegenden), oder es müsse auf einen kultischen Akt verzichtet werden und die Konfessionen seien nur mit Ansprachen zu beteiligen. Er werde den Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrat bitten, den evangelischen Geistlichen die Teilnahme an allen Weiheakten zu untersagen, bei denen sie zu Statisten erniedrigt würden.

Der Bischof von Würzburg hat später erklärt, jede Kränkung der evangelischen Bevölkerung habe ihm ferne gelegen. Er hat versichert, daß er für ein enges Zusammengehen der beiden christlichen Bekenntnisse eintrete, wie er dies schon immer getan habe.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Schlögl, der bei der Einweihungsfeier zugegen war, hat das Ganze auf einen Regiefehler zurückgeführt.

Eine Erklärung des Generalvikars von Würzburg schließt mit dem Satz: „Das Evangelisch-Lutherische Dekanat und auch die Kirchenleitung behaupten, das Programm sei vierzehn Tage vor der Weihe auch dem katholischen Pfarrer bekannt gewesen. Das Evangelisch-Lutherische Dekanat bedauert, daß in Ochsenfurt der konfessionelle Friede gestört wurde. Es stellt fest, dazu keinen Anlass gegeben zu haben. Auf Grund obiger Darlegungen bedürfen beide Behauptungen eingehender Nachprüfung.“ – Offensichtlich will das Bischöfliche Ordinariat damit die Verantwortung für die Vorgänge der evangelischen Seite zuschieben. Mir scheint das ein sehr ungeeigneter Weg der Bereinigung zu sein.

Die CSU-Landtagsfraktion in München hat ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß mangels entsprechender Vorbereitung der Ochsenfurter Veranstaltung der Eindruck einer Zurücksetzung des evangelischen Volksteils entstehen konnte. Sie meint, die Vorkommnisse lägen nicht auf politischem, sondern ausschließlich auf kirchlichem Gebiet. Ihre Klärung und Bereinigung sei Sache der kirchlichen Stellen.

Die Presse hat sich der Dinge unter politischem Vorzeichen bemächtigt. Eine Nürnberger Zeitung glaubt besonders humorvoll zu sein, wenn sie eine Karikatur veröffentlicht, die ein älteres Ehepaar beim Kaffeetrinken zeigt. Der Mann sagt: „Weißt du, Luise, eigentlich schmeckt man's dem Zucker gar nicht an, wie seinerzeit die Fabrik gesegnet wurde.“

Was ist zu dem allen zu sagen?

Daß Zeitungen und Parteien, die sonst nicht gerade große Bereitwilligkeit zeigen, die evangelische Verantwortung in der Politik zu honorieren, sich solcher Vorgänge propagandistisch annehmen, ist verständlich. Wir wundern uns nicht darüber, wir machen uns unsere eigenen Gedanken; aber damit ist für uns diese Frage sachlich nicht erledigt.

Ob die Einweihungsfeier hinreichend vorbereitet wurde oder ob Regiefehler vorliegen, berührt uns wenig, da mit Sicherheit das uns bewegende Problem auch bei noch besserer Vorbereitung aufgetreten wäre; vielleicht nicht in so krasser Form und in aller Öffentlichkeit, aber sachlich wäre es genau so dagewesen.

Man kann der Frage auch nicht nur mit dem Hinweis auf die notwendige Zusammenarbeit der Konfessionen beikommen. Wir können uns nur dem anschließen, was „Christ und Welt“ am 9. Juli dazu schreibt:

„Mit der Erklärung des Bischofs, jede Kränkung der evangelischen Bevölkerung habe ihm ferngelegen, vielmehr trete er nach wie vor für ein enges Zusammengehen der beiden christlichen Bekenntnisse ein, ist es nicht getan. Einerseits fühlen sich viele Protestanten durch das Verhalten des katholischen Bischofs gekränkt, andererseits bleibt die Bereitschaft zum Zusammengehen eine unverbindliche Erklärung, wenn die Lehre der katholischen Kirche auf Alleinherrschaft oder mindestens auf Vorantritt abzielt.“

Und schließlich ist es nicht damit getan, daß man versucht, kirchliches und politisches Handeln zu trennen. Natürlich ist es unsinnig, von der einen oder anderen Seite – es gilt wirklich für beide Seiten! – etwa den in der CDU/CSU zusammenarbeitenden Politikern jeweils vorzuwerfen, was der eine oder andere prominente Kirchenmann gesagt, getan oder nicht getan hat. Aber andererseits ist die innere Fundierung der politischen Zusammenarbeit der Christen bei uns so stark geworden, daß sie sich eben nicht mehr auf die im eigentlichen und technischen Sinne politischen Dinge allein abdrängen läßt. Hier geht es um eine Manifestation gegenseitiger Achtung der Christen verschiedenen Bekenntnisses in der Politik.

Und darum ist die einzige uns hier bewegende Frage die Tatsache, daß ein katholischer Bischof sich in betont scharfer Weise geweigert hat, in seinem geistlichen Amt vor Menschen verschiedenen Bekenntnisses tätig zu werden, wenn ein evangelisch-lutherischer Amtsträger bei dem gleichen Anlaß nach ihm gemäß dem Auftrag seines geistlichen Amtes tätig wird. Ich meine dazu folgendes:

Beide Seiten haben erklärt, daß sie einen gemeinsamen Gottesdienst nicht für möglich erhalten. Insofern besteht also Übereinstimmung, wenngleich es viele Christen gibt, die das als keinen guten Zustand ansehen. Wir haben jedenfalls im Bundestag die christlichen Morgenfeiern vier Jahre lang gemeinsam durchführen können, indem wir uns auf das gemeinsam Gebliebene besonnen haben. Doch das steht hier nicht zur Debatte.

Damit aber, daß ein gemeinsamer Gottesdienst nicht für möglich gehalten wird, ist mir die Frage noch nicht negativ beantwortet, ob es nicht zu der Gemeinschaft von Menschen, die einen Herrn und eine Taufe haben, gehören könnte, daß die eine Seite ihren Gottesdienst hält und die andere mit der Achtung, die der Glaubensäußerung des Nächsten gebührt, ihm beiwohnt und umgekehrt, ohne daß daraus ein gemeinsamer Gottesdienst gemacht wird. Wenn wir uns überlegen, wie oft wir bereit sind, politischen, weltanschaulichen oder ideologischen Äußerungen anderer zuzuhören, die wir keineswegs teilen oder sogar schärfstens ablehnen, sollte das eigentlich bei Christen verschiedenen Bekenntnisses nicht unmöglich sein.

Wenn das aber wirklich nicht geht, dann sollte man einen Weg finden, um die Beteiligung der Kirchen an Ereignissen im weltlichen Raum so zu ordnen, daß niemand von beiden Seiten unter irgendeinem Vorzeichen gezwungen wird, durch irgendeine Form der Mitwirkung oder des Geschehenlassens der anderen Seite einen ihm nicht zumutbaren Anspruch zuzugestehen. Ich bin der Ansicht, daß die wünschenswerte kirchliche Anteilnahme an dem Entstehen einer Zuckerfabrik in Ochsenfurt durch das Stattfinden von Gottesdiensten beider Konfessionen hinreichend dokumentiert ist. Sie haben

jedem, der es wünschte, die Möglichkeit geboten, dieses Neubeginns vor Gott zu gedenken. Alles weitere ist mir persönlich höchst problematisch. Ich bin so ketzerhaft zu meinen, daß auf feierliche Anfahrten mit Reitergeleit gut verzichtet werden könnte, und würde meinen evangelisch-lutherischen Brüdern raten, selbst unter dem Gesichtspunkt der Parität nicht dadurch den Glanz der Kirche betonen zu wollen. Daß dabei eine Fortsetzung der Bauernkriege nach 430 Jahren herausspringen kann, hat sich ja gezeigt; und wir sollten daraus Folgerungen ziehen.

Und wenn man nun dennoch glauben sollte, daß es kirchlicher Weiheakte bedürfe, dann muß man sich eben zusammensetzen und im Einzelfall nicht durch Vermittlung von Direktoren, sondern im Gespräch von Mann zu Mann der Kirche einen geeigneten Weg suchen. Die katholischen Brüder haben eine andere Vorstellung von der Weihe als die Lutheraner. Und es ist nichts damit gewonnen, wenn nun um der Parität oder oft genug auch um des Prestiges willen von beiden Seiten geweiht wird, wobei das gemeinsame Wort eben doch eine andere Sache bedeutet. Wenn wir endlich einmal aufhören würden, alles und jedes zu weihen, würden wir die Zusammenarbeit der Konfessionen wesentlich erleichtern.

Wir haben als Männer der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union immer wieder gesagt, daß wir mit unserer politischen Zusammenarbeit die Unterschiede der Konfessionen weder überwinden wollten noch könnten. Das ist keine Resignation, sondern ein echtes Bescheiden von der Sache her. Darum haben wir auf unseren Parteitage eben einen evangelischen und einen katholischen Gottesdienst. Darum erscheint es mir durchaus erträglich, wenn im staatlichen und im allgemeinen öffentlichen Bereich die kirchliche Mitwirkung so geregelt wird, daß sie getrennt nach Konfessionen erfolgt. Warum hätten nicht in Ochsenfurt die katholischen Bauern an der Weihehandlung ihres Bischofs und die evangelischen an dem Gebet des lutherischen Dekans teilnehmen und sich dann gemeinsam die Ansprachen der Minister und sonstigen Prominenten anhören können? Darüber mögen manche spotten – sollen sie es tun; sie verstehen dann nichts von der Not und den Gefahren einer vielhundertjährigen Trennung, die man jedenfalls nicht mit einem Sprung überwinden kann.

Das alles sind Möglichkeiten, über die man sich kaum generell, wohl aber von Fall zu Fall klar werden kann. Der Vorschlag, daß jeweils der weiht, der die Mehrheit hat, scheint mir kein guter Vorschlag zu sein. Wenn es um Grundsatzfragen des Glaubens geht, kann nicht eine Mehrheit entscheiden; dann ist der einzelne katholische oder evangelische Christ, der gegen seine Überzeugung plötzlich an einer gottesdienstlichen Handlung der anderen Seite teilzunehmen genötigt wird, genau so ernst zu nehmen, wie ein fünfzigprozentiger Anteil der anderen Konfession.

Daß man getrennt Gottesdienste hält, macht uns keine Not. Not macht es uns aber, wenn der Glaubensunterschied so weit geht, daß man im Einzelfall durch sein Verhalten dem anderen bezeugt, daß man sein Christsein nicht respektiert. In Ochsenfurt mußte auch sine ira et studio dieser Eindruck entstehen – er ist durch alle seitherigen Erklärungen nicht beseitigt.

Zahllose evangelische Menschen sind bereit, im Bewußtsein ihrer glaubensmäßigen Verantwortung mit ihren besten Kräften die politische Zusammenarbeit der Konfes-

sionen in der Praxis zu bewähren. Dabei wollen wir weder kirchliche Ordnungen noch kirchliches Recht auf irgendeiner Seite beiseiteschieben. Aber die Zusammenarbeit der Christen ist nur dann möglich, wenn man sich die Eigenschaft, Christ zu sein, auch in der Praxis zuerkennt.

Genau am gleichen Tage, da in Ochsenfurt das geschah, worüber wir im vorstehenden gesprochen haben, stand in dem katholischen Wochenblatt „Der christliche Sonntag“ – Verlag Herder, Freiburg – ein Aufsatz des Freiburger Kirchenhistorikers Professor Dr. Johannes Vincke über das gutnachbarliche Verhältnis der Konfessionen. Darin heißt es u. a.: „Der geschichtliche Abstand von den Vorgängen der Reformation und des Trienter Konzils hat gegenwärtig einem deutlich spürbaren Bedürfnis, wenn auch nicht nach einem Ausgleich, so doch nach einem gutnachbarlichen Verhältnis Platz gemacht. Nicht nur, daß man nicht mehr mit Kanonen auf Spatzen schießt, man entschert nicht einmal mehr die Handwaffen, wenn man einander näherkommt oder gemeinsam lagert.... Man weiß, daß man näher zueinander gehört, als man glaubte, daß der Feind woanders steht und daß man zunächst dorthin den Blick zu wenden hat. So entgiftet sich die Luft, in der die Bekenntnisse zu atmen haben. Das darf uns jedoch nicht veranlassen, die wirklich bestehenden Gegensätze zu vertuschen oder in Schönfärberei zu harmonisieren. Katholische und protestantische Geisteshaltung haben nun einmal ihre ausgeprägten Unterschiede und Stoßkanten. Und wenn zwei das gleiche tun, dann tun sie auch hier eben oft nicht das gleiche. Wo die Gegensätze sich nicht oder nicht mehr als stichhaltig erweisen, da und nur da sind sie zum Verschwinden reif. Wo aber die Gegensätze als solche fortleben oder gar weiter ausgestaltet sind, haben wir sie zu nehmen, wie sie tatsächlich sind. Das Zusammengehen ist da nur – sagen wir – der Ausdruck einer demokratischen Geisteshaltung. Man hat eine krankhafte Furcht ablegt, im übrigen ist man eigenverantwortlich geblieben. So selbstverständlich man gemeinsame Belange zusammen vertritt, so selbstverständlich bewahrt man sich freie Hand, wenn entgegengesetzte Grundsätze auf dem Spiele stehen.“

Das ist auch meine Meinung. Wir Evangelischen in der CDU/CSU werden uns selbst immer wieder ermahnen, nach solchen Grundsätzen zu verfahren. Aber wir dürfen dann auch hoffen, daß uns diese demokratische Geisteshaltung sowohl aus dem Bereich der Politik wie der Kirche heraus nicht unmöglich gemacht wird. Die Verantwortung – auch im Einzelfall – ist sehr groß. Und jeder mag sich überlegen, was auf dem Spiele steht, ehe er handelt.

D. Dr. Hermann Ehlers

CHRONIK DES ERFOLGES

Das ganze Deutschland

Seit vier Jahren fordert die CDU/CSU freie Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Deshalb erfolgte bereits im Herbst 1951 der Vorschlag der Bundesregierung, durch eine neutrale, internationale Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen die Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen in der Sowjetzone, in Berlin und in der Bundesrepublik überprüfen zu lassen. Der

UN-Ausschuß besuchte im März 1952 das Bundesgebiet und Berlin, konnte aber die Sowjetzone nicht betreten, da ihm die sowjetischen und sowjetzonalen Behörden die Einreise verweigerten.

Sich über viele Monate hinziehende Verhandlungen im Rahmen des Deutschland-Vertrages bewirkten die verbindliche Erklärung der drei Westmächte, daß die Wiedervereinigung eines freien und demokratischen Deutschland auf friedlichem Wege ein grundlegendes und gemeinsames Ziel aller Unterzeichnerstaaten des Deutschland-Vertrages ist. In dem Kommuniqué vom April 1953 über die Beratungen des Bundeskanzlers mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles wird die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege erneut als ein Ziel der amerikanischen Außenpolitik bezeichnet.

Besatzungsmächte

In dem rechtlosen Deutschland des 8. Mai 1945, das in bedingungsloser Kapitulation die Waffen gestreckt hatte, begannen die von den Besatzungsmächten geschaffenen Länder mit ihren Parlamenten und Regierungen erste Träger neuer politischer und sozialer Ordnung zu werden. Die CDU/CSU war in diesen Länder-Parlamenten und -Regierungen entsprechend den parteipolitischen Größenverhältnissen – die sich aus vorausgegangenen Gemeindewahlen ergeben hatten – vertreten.

Das bestehende Besatzungsrecht setzte naturgemäß allen deutschen Bemühungen enge Grenzen. Erst Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung konnten in zäher, geduldiger Arbeit aus dem von den Siegermächten verwalteten Gebiet wieder einen deutschen Staat machen. Die CDU/CSU, aus den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 als stärkste Partei hervorgegangen, hat an diesem Erfolg den Hauptanteil.

Die Politik der Bundesregierung führte vom Petersberger Abkommen im Herbst 1949 über die zweimalige Revision und Einschränkung des Besatzungsstatutes bis zum Deutschland-Vertrag und zu dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Diese Verträge bildeten die wichtigste Etappe auf dem Wege zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität. Aus dem besiegten, fremden Gesetzen gehorchenden Land wird allmählich wieder ein anerkannter und selbständiger Staat. Das Inkrafttreten des Deutschland-Vertrages durch die Unterschrift des Bundespräsidenten schließt diese Entwicklung ab und gibt der Bundesrepublik die Souveränität zurück.

Europäische Vereinigung

Seit ihrem Bestehen bemüht sich die CDU/CSU in den Ländern wie im Bund um die Durchsetzung des Gedankens einer europäischen Staatenunion. Die europäische Politik bildet einen Grundbestandteil ihres politischen Programmes. Dem entsprechend unterstützt sie die Europa-Politik der Bundesregierung. Im Straßburger Europarat ist die CDU/CSU durch ihre Abgeordneten vertreten, ebenso im Parlament der Montanunion.

Die Bundesregierung griff im Mai 1951 den Vorschlag des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman, eine europäische Union für Kohle und Stahl zu bilden, sofort auf. Nach langen Verhandlungen wurde der Vertrag über die Montanunion von 6 Staaten (Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg und Deutschland) unterzeichnet und von den Parlamenten dieser Länder ratifiziert. Der Deutsche Bundestag billigte im Januar 1952 nach dreitägiger Debatte mit erheblicher Mehrheit das Zu-

stimmungsgesetz. Im März bzw. Mai 1953 fielen die nationalen Zollschränken für Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft der 6 Länder. So wurde die Voraussetzung für ein großes, gemeinsames Wirtschaftsgebiet für 157 Millionen Verbraucher geschaffen mit dem Ziel, mehr Verbrauchsgüter zu billigeren Preisen herzustellen und damit den Lebensstandard der europäischen Bevölkerung zu heben.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Das grundsätzliche Bekenntnis zum Frieden und zur Ablehnung des Krieges als eines politischen Mittels, das von der CDU/CSU auf ihren Parteitage immer wieder unterstrichen wurde, ist verbunden mit dem Bekenntnis zum Recht auf Verteidigung. Deshalb begrüßte die CDU/CSU die 1951 von Frankreich ausgehenden Bestrebungen zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). In den zweijährigen internationalen Verhandlungen um den EVG-Vertrag war die CDU/CSU der maßgebende Faktor für die politische Willensbildung in der Bundesrepublik. Als der Vertrag am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet und im Frühjahr 1953 von Bundestag und Bundesrat mit erheblicher Mehrheit gebilligt worden war, konnte die CDU/CSU einen wichtigen Teil ihrer Außenpolitik als erreicht betrachten: die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem und den Schutz Berlins durch eine besondere Garantieerklärung der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs.

Deutsche Kriegsgefangene

Die CDU/CSU unterstützte nachhaltig die Bemühungen der Bundesregierung, die Zahl der noch in ausländischem Gewahrsam befindlichen deutschen Staatsangehörigen ständig zu verringern. Von 1949 bis zum Frühjahr 1953 konnte die Entlassung von rund 80% aller außerhalb der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten festgehaltenen Deutschen erreicht werden. Auf Grund des Deutschland-Vertrages soll ein gemischter Ausschuß eingesetzt werden, der Empfehlungen für vorzeitige Entlassungen aus den alliierten Gefängnissen Landsberg, Werl und Wittlich ausarbeitet. Unablässig hat die Bundesregierung die Weltöffentlichkeit auf die Frage der in der Sowjetunion widerrechtlich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen aufmerksam gemacht. Zu zwei Tagungen der Kriegsgefangenen-Kommission der Vereinten Nationen entsandte sie Vertreter und übergab der Kommission umfangreiches Material über deutsche Kriegsgefangene und Vermißte.

Produktion und Beschäftigung

Nur zu leicht vergißt man heute die traurige Situation, die die Bundesregierung bei Uebernahme der Regierungsgeschäfte vorfand. Daß die Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen aus Industrie und Landwirtschaft mehr als bescheiden war, wissen wir alle. Die wenigsten aber wissen, daß der deutsche Arbeiter wegen schlechter Ernährung, mangelhaften Zustandes der Betriebsstätten und Fertigungsanlagen und ungenügender Belieferung mit Rohmaterial im Jahre 1949 in einer Arbeitsstunde nur ungefähr 4/5 von dem herstellte, was er 1936 unter anderen Verhältnissen produzieren konnte. Heute haben wir den Stand von 1936 um 1/10 überschritten. Das ist kein Zufallserfolg, sondern das Ergebnis einer zielbewußten Politik der Produktionssteigerung, die wir dringend brauchen, um heute in der Bundesrepublik fast 10 Millionen Heimatvertriebene und Zugewanderte, die zu der ursprünglichen Bevölkerung hinzugekommen sind, ernähren, be-

kleiden, beschäftigen und mit einem Obdach versehen zu können. Die Anstrengungen führten dazu, daß im Jahre 1952 in der Bundesrepublik 44% mehr produziert wurde als im Friedensjahr 1936.

Besonders deutlich wird der Fortschritt auf einzelnen wirtschaftlich wichtigen Gebieten: Während wir im Jahre 1949 8,6 Millionen Tonnen Steinkohle förderten, waren es im Jahre 1952 10,3 Millionen; daß wir einen Winter ohne jede Klage über die Kohlenversorgung hinter uns gebracht haben, ist offenbar bereits eine Selbstverständlichkeit, denn dieser doch bemerkenswerte Umstand fand in der Öffentlichkeit kaum Erwähnung. In der Landwirtschaft konnte die Milcherzeugung von 1,1 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1949/50 auf 1,3 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1951/52 gesteigert werden. Der Getreide-Ertrag je Hektar, der 1948 18,8 Doppelzentner betrug, stieg bis zum Jahre 1952 auf 24,4 Doppelzentner und hat damit den Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1935-38 um rund ein Fünftel überschritten.

Selbstverständlich ist in der Wirtschaft rationalisiert worden. Was aber die meisten für unwahrscheinlich und viele sogar für unmöglich gehalten haben: die Rationalisierung führte nicht zur Arbeitslosigkeit, sondern sie ging Hand in Hand mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 13,5 Millionen im Juni 1948 auf 15,2 Millionen im Juni 1950.

Auch die Entwicklung des Außenhandels darf bei diesem knappen Ueberblick nicht vergessen werden. Trotz zunächst großer Behinderung wurde sein Ausbau Schritt um Schritt vorwärts getrieben, um unsere Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen in immer größerem Umfang mit dem Erlös unserer Ausfuhren bezahlen zu können. Bereits im Jahre 1951 konnte nahezu ein Ausgleich und 1952 sogar erstmals ein Ausfuhrüberschuß von 759 Millionen DM erzielt werden.

Löhne und Preise

Der von der SPD wiederholten kommunistischen Lüge von der Armut des Arbeiters in der Bundesrepublik wird durch Tatsachen widersprochen. Bei Zugrundelegung einer Indexziffer von 100 für das Jahr 1938 betrug der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste im Februar 1952 181,7 und im November 1952 196. Das entspricht einem durchschnittlichen Bruttowochenverdienst beim männlichen Arbeiter von 79,86 DM im Februar und 83,53 DM im November 1952.

Der Preisindex für die Gesamtlebenshaltung betrug – wiederum bei Annahme einer Indexziffer von 100 für das Jahr 1938 – im Februar 1952 174 und im November 1952 172. Er zeigt also nach dem Ansteigen der Preise bei Ausbruch des Korea-Krieges wieder eine deutlich spürbare rückläufige Tendenz. Die Steigerung der Bruttowochenverdienste liegt um rund 10% höher als die Verteuerung der Gesamtlebenskosten.

Das ist noch nicht viel, und es muß noch mehr getan werden, um dem Arbeiter den ihm zustehenden Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Man kann aber nicht von einer Verarmung des Arbeiters sprechen. Er ist an der Wirtschaftskonjunktur beteiligt, und zwar nicht von selbst durch die Gunst der Umstände, sondern durch die Arbeit der Bundesregierung und durch die unablässigen sozialen Forderungen der CDU/CSU. Wer das leugnet, sieht die Wirklichkeit nicht oder will sie nicht sehen.

Wohnungsbau

In den letzten drei Jahren sind rund 1,2 Millionen Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 13 bis 14 Milliarden DM im Bundesgebiet gebaut worden. In diesen neuerstellten Wohnungen fanden 5 Millionen vertriebene oder ausgebombte Deutsche ein neues Heim. Im ganzen haben in den letzten vier Jahren über 5½ Millionen, d. h. jeder neunte Einwohner der Bundesrepublik, eine eigene, wenn auch nach Größe und Ausstattung oft bescheidene Wohnung erhalten. Durchschnittlich wurden in den Jahren 1950-53 alle fünf Minuten etwa vier neue Wohnungen fertig. Das ist der Erfolg einer Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden und Finanzierungsinstituten. Die CDU/CSU war und ist der treibende Faktor bei diesem Wohnungsbauprogramm. Sie setzt sich insbesondere für die familiengerechte Wohnung und für den Bau von Eigenheimen ein.

Soziale Maßnahmen

Es ist das Ziel der CDU/CSU und der Bundesregierung, die Vollbeschäftigung ohne Inflationsgefahr zu erreichen. Zunächst mußte die strukturelle Arbeitslosigkeit in den Flüchtlingsländern bekämpft werden. Das geschah durch planmäßige Umsiedlung von Heimatvertriebenen in Gebiete mit zunehmendem Arbeitskräftebedarf, durch den Sozialen Wohnungsbau und durch Schaffung von Dauerverdienstplätzen in den Notstandsgebieten selbst. Das 300-Millionen-Schwerpunktprogramm der Bundesregierung zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen wurde 1951 um 15 Millionen, 1952 um weitere 25 Millionen ergänzt. Darüber hinaus wurden 200 Millionen DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Notstandsgebieten bereitgestellt.

Unter 9,5 Millionen Flüchtlingen gab es 3,3 Millionen Erwerbstätige. Es gelang, rund 3 Millionen von ihnen einen neuen Arbeitsplatz zu geben. Von rund 690 000 schwerbeschädigten Arbeitnehmern konnten über 90% wieder einer Verdienstmöglichkeit zugeführt werden.

Das Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 und die später dazu erlassene Novelle vom 30. Oktober 1951 haben die Grundlage für eine Wiedereingliederung der Heimkehrer in den Wirtschaftsprozeß geschaffen. In einem Jahr wurden mehr als 13 Millionen DM an Berufsausbildungskosten aufgewandt.

Das Bundesversorgungsgesetz vom 20. Dezember 1950 regelte die Rechte der Kriegsoffer. Im September 1952 erhielten 3 900 000 Berechtigte, d. h. rund 96%, ihre Versorgung nach diesem Gesetz.

Das Rentenzulagengesetz vom 10. August 1951 erhöhte die Leistung der gesetzlichen Rentenversicherungen für Arbeiter, Bergleute und Angestellte um durchschnittlich 25%. 1952 konnte in der Sozialversicherung die Selbstverwaltung der Versicherungsträger nach fast zwanzigjähriger Unterbrechung wiederhergestellt werden. Im Frühjahr 1953 kam es zu den ersten Sozialwahlen.

Betriebsverfassung

Das Betriebsverfassungsgesetz vom 19. Juli 1952 sichert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Es ist von der CDU/CSU vorgeschlagen und maßgeblich formuliert worden. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben danach das Recht, bei allen wichtigen Fragen des Betriebes - wie z. B. der Betriebsordnung, der täglichen Arbeits-

zeit, der Festsetzung von Akkord- und Stücklohnsätzen, der Verwaltung von Wohlfahrts-einrichtungen, dem Urlaubsplan, den Einstellungen und Versetzungen usw. - mitzuent-scheiden. Das Gesetz bestimmt ferner, daß die Arbeitnehmer an den Aufsichtsräten der Aktien- und Kommanditgesellschaften mit einem Drittel zu beteiligen sind, soweit es sich nicht um Familiengesellschaften bis zu 500 Arbeitnehmern handelt.

Sicherung des Mittelstandes

Neben umfangreichen Hilfsmaßnahmen in Handwerk und Handel haben auch die Aktionen für andere Bevölkerungsgruppen zu einer Hebung und weitgehenden Sicherung des Mittelstandes beigetragen.

Bund und Länder waren um die laufende Eingliederung heimatvertriebener Bauern und die Schaffung neuen Siedlungslandes bemüht. Bis Ende 1952 wurden rund 40 000 Bauern aus dem Osten in der Bundesrepublik angesiedelt. Das Lastenausgleichsgesetz ermöglicht Aufbaudarlehen zur Gründung und Festigung ihrer Existenz. Im ersten Halbjahr 1953 fand eine weitere große Zahl an Bauern in Westdeutschland neue Heim- und Wirkungsstätten.

Durch eine Reihe von Maßnahmen ist in den vergangenen Jahren auch die wirtschaftliche Lage der Beamten, vor allem hinsichtlich Besoldung und Versorgung, verbessert worden. In mehreren Durchführungsverordnungen zum Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes wurden die Rechtsverhältnisse der verdrängten Beamten und ehemaligen Berufssoldaten festgelegt. In jüngster Zeit ist durch ein neues Bundesbeamtengesetz die Versorgung der jetzigen Bundesbeamten geregelt worden.

Ausbildung der Jugend

Die Berufsnot der Jugend wurde durch den Bundesjugendplan weitgehend gemindert. Die Zahl der Lehr- und Arbeitsstellen in Industrie, Handwerk und Handel konnte erheblich gesteigert werden. Im Rahmen dieser Aktion wurden bis Ende 1952 rund 20 000 Ausbildungsplätze neu geschaffen und damit auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht. Zusätzlich zum Bundesjugendplan wurden allein für Betriebs-Lehrwerkstätten und den Bau von Lehrlingsheimen Kredite von insgesamt über 20 Millionen DM gewährt.

Aufgaben und Ziel

Die CDU/CSU hat an allen vorstehend erwähnten Maßnahmen und Gesetzen durch entsprechende Initiative, Beratung und Beschleunigung entscheidenden Anteil. Aber Millionen Deutscher leben noch immer in Not. Die sozialen Spannungen sind weitgehend noch nicht beseitigt. Egoismus und Gleichgültigkeit gehen noch allzu oft an den Hilfsbedürftigen vorüber. Der Rückgang der kommunistischen Stimmen ist kein Beweis für das Gegenteil. Volk und Staat müssen noch großen Anforderungen gerecht werden, um die Folgen des Krieges und der sowjetischen Machtpolitik zu überwinden. Die dazu notwendigen Mittel kann die Bundesrepublik nur aufbringen, wenn sie die Möglichkeit hat, die Erzeugnisse ihrer Wirtschaft in steigendem Maße in anderen europäischen Ländern und in Übersee abzusetzen. Deutschland ist auf die Welt angewiesen. Isolierung und einseitige Ost-Orientierung würden wirtschaftlichen Abstieg und soziales Elend bedeuten. Die CDU/CSU verfolgt den Weg einer friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern. Nur so sind höherer Lebensstandard und echte Befriedung für die ganze Bevölkerung zu erreichen.

DAS NEIN DER SPD

In der 191. Sitzung des Bundestages sprach es Bundestagsabgeordneter Schoettle, SPD-Sprecher in Haushaltsfragen, in geradezu brutaler Offenheit aus, als er erklärte: „Die sozialdemokratische Fraktion wird als Ausdruck ihrer eindeutigen Ablehnung der Politik der Bundesregierung gegen alle von den Fraktionen der Regierungsparteien eingebrachten Anträge – ungeachtet ihres sachlichen Inhalts – stimmen.“

Ein erschütterndes Zeugnis für die Haltung der Oppositionspartei!

Hier eine Aufzählung, die noch erweitert werden könnte:

„Nein“ zum Petersbergabkommen

Erich Ollenhauer erklärte am 25. November 1949 in der 18. Sitzung des Bundestages zum Petersbergabkommen, er glaube, daß es sowohl nach der verfassungsrechtlichen Seite, als auch nach dem materiellen Inhalt des Abkommens selbst keine Möglichkeit für das Parlament geben könne, diese Entscheidung des Bundeskanzlers zu billigen.

„Nein“ zu den Washingtoner Beschlüssen

Im September 1951 kamen die drei westlichen Außenminister in Washington zusammen. Sie kündigten zum Abschluß der viertägigen Konferenz über Deutschlandfragen ihre Absicht an, Deutschland gleichberechtigt in eine kontinental-europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Die Hochkommissare wurden beauftragt, zusammen mit der Bundesregierung ein neues Vertragsverhältnis auszuarbeiten. – Dr. Schuhmacher erklärte am 20. September 1951 auf einer Pressekonferenz in Bonn, das Ergebnis von Washington mache eine gemeinsame Stellungnahme der Opposition und der Bundesregierung unmöglich. Die SPD werde nicht die Verantwortung für die „Illusionspolitik“ der Bundesregierung übernehmen, die sie für falsch halte. Sie lehne dementsprechend auch die Mitarbeit in einem parlamentarischen Sonderausschuß zur Beratung der Washingtoner Beschlüsse ab.

„Nein“ zur europäischen Zusammenarbeit

Die SPD lehnte die im März 1950 an die Bundesrepublik ergangene Einladung des Ministerkomitees des Europarates, assoziiertes Mitglied des Europarates zu werden, ab.

Die SPD stimmte am 15. Juni 1950 im Bundestag bei der dritten Lesung gegen das Gesetz zum Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat.

Die SPD stimmte am 22. November 1951 in der 176. Sitzung des Bundestages gegen einen Antrag der Koalitionsparteien, die deutschen Europadelegierten zu ermächtigen, zusammen mit den Vertretern der anderen Nationen die Verfassung einer europäischen Föderation zu vereinbaren.

„Nein“ zum Schumanplan

Am 11. Mai 1951 sprach sich die Beratende Versammlung des Europarates mit 80 gegen 7 Stimmen bei 9 Enthaltungen für eine baldige Ratifizierung des Schumanplanes aus und forderte Großbritannien sowie die übrigen interessierten Länder auf, die Möglichkeit einer späteren Teilnahme an der Montanunion zu prüfen. Gegen diese Resolution stimmten nur die sieben Vertreter der deutschen Sozialdemokratie.

Am 11. September 1952 wurde in Straßburg – entgegen dem Vorschlag des Präsidenten der Hohen Behörde, des Franzosen Jean Monnet – nicht der deutsche Delegierte Dr. von Brentano zum Präsidenten für die gemeinsame Versammlung der Montanunion gewählt, sondern der Belgier Paul Henry Spaak. Den Ausschlag zur Ablehnung Dr. von Brentanos gaben die deutschen Sozialdemokraten, die für den Belgier Spaak stimmten.

„Nein“ zur Europäischen Verteidigung

Die SPD lehnte am 8. November 1950 in der 98. Sitzung des Bundestages erstmals vor dem Bundestag die deutsche Teilnahme an einer europäischen Verteidigung ab. — Dr. Schumacher erklärte in dieser Sitzung: „Also unter den heutigen Voraussetzungen, wie sie der Herr Bundeskanzler hier definiert hat, sagt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu diesen Bemühungen der Remilitarisierung Deutschlands Nein. Sie wird auch Nein sagen, wenn die halben und matten Versprechungen der Alliierten für die nächsten Monate verwirklicht werden sollten . . .“

Die deutschen Sozialdemokraten stimmten am 17. Februar 1952 auf dem 5. Kongreß der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa als einzige von 12 Ländern gegen die Teilnahme Deutschlands an einer Europaarmee.

„Nein“ zum Deutschlandlied

Bundeskanzler Dr. Adenauer hielt am 18. April 1950 im Berliner Titania-Palast eine Rede, an deren Schluß er die Anwesenden zum Absingen der dritten Strophe des Deutschlandliedes aufforderte. Der Berliner SPD-Vorstand verließ daraufhin den Saal.

„Nein“ zu den Haushaltsberatungen

Die SPD sagte bei den Beratungen über den Haushalt der einzelnen Ministerien usw. seit Bestehen der Bundesrepublik im wesentlichen ihr immer wiederkehrendes Nein, und zwar meist — wie sie wiederholt ausdrücklich erklärte — nicht wegen des sachlichen Inhalts der Vorlagen, sondern aus rein politischen Gründen. Dafür einige Beispiele:

Die SPD stellte am 24. März 1950 in der 51. Sitzung des Bundestages den Antrag auf Streichung des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen.

Die SPD sprach sich am 12. April 1951 in der 134. Sitzung des Bundestages bei der Beratung des Haushalts für das Bundesarbeitsministerium gegen die Politik dieses Ministeriums aus.

Die SPD lehnte am 20. April 1951 in der 137. Sitzung des Bundestages den Etat des Bundesfinanzministeriums ab.

Die SPD lehnte am 13. Juli 1951 in der 151. Sitzung des Bundestages bei der dritten Lesung das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Jahr 1950 ab.

Die SPD lehnte am 16. Oktober 1951 in der 168. Sitzung des Bundestages bei der dritten Lesung den Haushaltsplan für das Bundesaußenministerium ab.

„Nein“ zum Schutz vor agitatorischen Finanzvorlagen

Die Sozialdemokratische Fraktion des Bundestages reichte am 25. September 1951 eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, in der die SPD eine mit Mehrheit angenommene Geschäftsordnung des Bundestages als verfassungswidrig bezeichnet, nach welcher jede Fraktion Finanzvorlagen nur unter Nachweis der erforderlichen Deckung einbringen kann.

„Nein“ zum Lastenausgleichsgesetz

Die SPD stimmte am 16. Mai 1952 in der 213. Sitzung des Bundestages bei der dritten Lesung gegen das Lastenausgleichsgesetz.

„Nein“ zum Betriebsverfassungsgesetz

Die SPD stimmte am 19. Juli 1952 in der 227. Sitzung des Bundestages bei der dritten Lesung gegen das Betriebsverfassungsgesetz.

„Nein“ zum Schmutz- und Schundgesetz

Die SPD stimmte am 17. September 1952 in der 230. Sitzung des Bundestages bei der dritten Lesung gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Der SPD-Abgeordnete

Hennig erklärte am 13. Juli 1950 im Bundestag anlässlich der ersten und zweiten Beratung, die SPD halte das Gesetz für bedenklich, weil hier die klagbaren Grundrechte des Deutschen, wie sie im Grundgesetz verankert sind, zum ersten Male eingeschränkt würden.

„Nein“ zur Familienrechtsreform

Die SPD stimmte am 26. März 1953 in der 258. Sitzung des Bundestages gegen eine von der Koalition eingebrachte Vorlage zur Änderung des Grundgesetzes das als Termin für die Verabschiedung eines Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau den 31. März 1953 vorsah. Da der zuständige Ausschuss seine Arbeit bis zu diesem Zeitpunkt wegen der Fülle der zu bewältigenden Probleme nicht zu einem befriedigenden Abschluß bringen konnte, wollte die Koalition als neuen Termin den 31. März 1955 festsetzen.

„PARADIES“ JENSEITS DES VORHANGS

Die jüngsten Ereignisse in Berlin und in der Sowjetzone werfen ein grelles Schlaglicht auf die Zustände im deutschen „Paradies der Werktätigen und Bauern“. Es begann damit, daß einige hundert Bauarbeiter in der Berliner Stalin-Allee ihren Unwillen über die von der Regierung veranlaßte Normenerhöhung zum Ausdruck brachten. Sie haben damit eine lawinenartig um sich greifende Aufstandsbewegung im gesamten sowjetischen Besatzungsgebiet ausgelöst, die nur durch den Einsatz von Panzern und Maschinengewehren der Roten Armee erstickt werden konnte. Ganz gleich, ob die Anfänge dieser Aktionen geduldet wurden, um damit, dem taktischen Kurswechsel des Kreml folgend, der westlichen Welt das Schauspiel einer freien Volksmeinung zu bieten – übrig bleibt, daß aus diesem Protest gegen unerträgliche Arbeitsnormen die spontane Auflehnung der Bevölkerung gegen ihre bolschewistischen Unterdrücker wurde. Diese Tatsache beweist, in welcher unhaltbaren rechtlichen und sozialen Lage sich die Menschen unter dem sowjetischen System befinden.

Seit 1946 ist man ständig bestrebt, die Lebensverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone denen der Sowjetunion anzugleichen. Die Entwicklung verlief in einzelnen Phasen und hat mit den Erklärungen der Parteikonferenz der SED im Frühjahr 1952 über den „Aufbau des Sozialismus“ nahezu ihren Abschluß gefunden.

Staatliche Fronvögte treiben den Arbeiter an

Zunächst wurde der Arbeiter seiner wichtigsten Interessenvertretung beraubt, nämlich einer wirklich freien Gewerkschaft und eines Betriebsrates, der echte Arbeiterinteressen wahrzunehmen hat. Zwar besteht der FDGB, aber er ist nur ein Instrument des Staates, der neben seinen eigentlichen Aufgaben auch noch die Funktion des Arbeitgebers im Rahmen der nahezu völlig verstaatlichten Wirtschaft ausübt. Betrachtet man die Aufgaben des FDGB näher, so dient er eigentlich nur dazu, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern und die Produktionskosten zu senken. Er organisiert die „Wettbewerbsbewegung“ zur Erfüllung bzw. vorfristigen Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, er tritt für die „Schaffung von technisch günstigen Arbeitsnormen“ und für die „Anwendung des Leistungslohnes“

ein. „Mitarbeit am Plan“ steht im Mittelpunkt jedes Betriebes und jeder Betriebs-gewerkschaftsleitung; passives Verhalten gegenüber dem Antreibersystem wird als Sabotage geahndet, ein Streikrecht gibt es nicht mehr. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter liegen im allgemeinen um die Hälfte unter denen der westdeutschen Arbeiter, obwohl die Kaufkraft des Geldes in der Sowjetzone bekanntlich viel geringer ist. Gewiß werden auch hohe Prämien an Aktivisten („Henneckes“ und „Helden der Arbeit“) gezahlt, jedoch haben die Arbeiter schon lange erkannt, daß mit diesem Lockmittel ihre letzten Reserven an Kraft herausgeholt werden. Außerdem schaden sie sich selbst und ihren Arbeitskameraden durch solche Aktivistenleistungen, denn alle 4 Wochen werden die Normen überprüft und bei neuen Rekordleistungen erhöht.

Ein Einfluß der Arbeiterschaft bei sozialen, wirtschaftlichen und personellen Maßnahmen und Entscheidungen besteht nicht. Die sogenannten Rahmenkollektivverträge, die zwischen den Fachministerien und den Gewerkschaften abgeschlossen werden, dienen nur dazu, die Regierungserlasse zur Erfüllung der Produktionsauflagen und der Normen zu unterstützen. Die in den Betrieben tätigen Gewerkschaftsfunktionäre sind nichts anderes als die staatlichen Fronvögte zur Erzwingung des Plansolls; sie vergeben einerseits Prämien für Übersolleistungen und treten andererseits als Ankläger auf bei geringsten Anlässen wie Normenunterschreitung, vervollständigen damit also das Rezept der staatlich angeordneten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Bei diesem Antreibersystem ist es nicht verwunderlich, wenn der Arbeitsschutz sträflich vernachlässigt wird und die Qualität der Erzeugnisse erhebliche Mängel aufweist.

Für Frauen und Jugendliche bestehen zwar eigene Schutzgesetze, die jedoch nicht beachtet zu werden brauchen, wenn – wie es in den Arbeitsschutzbestimmungen heißt – „ihnen die Arbeit zumutbar ist“.

Hohe Beiträge für die Einheitsversicherung, aber Arbeitsunfähige und Alte hungern

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung hat man nach sowjetischem Vorbild eine Einheitsversicherung geschaffen, in der alle früheren Versicherungsträger aufgegangen sind. Diese Einheitsversicherung zeichnet sich weniger durch hohe Leistungen als durch hohe Beiträge aus, die bei unselbständigen Arbeitnehmern 20% des Verdienstes (die je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen werden) und bei selbständigen Berufen 14% betragen. Ist schon der arbeitende Mensch völlig recht- und machtlos, so sind nicht mehr arbeitsfähige Alte, Rentner und Kranke geradezu einem Hungerdasein ausgeliefert.

Eine der unsozialsten Maßnahmen, die das System auf dem Gebiete der Wohnraumbewirtschaftung durchgeführt hat, ist die Aussiedlung dieser Menschengruppe als sogenannte unproduktive Kräfte aus Städten und Industriezentren. Diese Maßnahme hat man mit letzter Brutalität durchgeführt, um das Versagen der Planungsbehörde im Wohnbausektor nicht offenkundig werden zu lassen, zumal der Verlust von Wohnraum durch Kriegseinwirkungen in der sowjetischen Besatzungszone relativ gering war.

Die Wohnbaupläne wurden nur zu einem Bruchteil erfüllt und dienten in erster Linie dazu, für Funktionäre, Aktivisten und andere vom System begünstigte Gruppen ein Unterkommen zu schaffen.

Die Zerstörung der völkischen Kernsubstanz hat begonnen

Die totale „Demokratisierung“ der Sowjetzone zum Zwecke ihrer Sicherung nach innen und außen nimmt auch im Bereich des Bauernstandes ungehindert ihren Fortgang.

Unter den seit Herbst vergangenen Jahres nach Westberlin einströmenden Flüchtlingsmassen stellt die Zahl der geflüchteten Bauern einen sehr hohen Prozentsatz dar. Man hat den Eindruck, als ob das ganze Land zwischen Saale, Oder und Ostsee nicht nur in eine allgemeine Bewegung geraten, sondern buchstäblich im Aufbruch begriffen ist.

Vom 1. Oktober 1952 bis 1. Juni 1953 sind 13800 selbständige Bauern samt ihren Familienangehörigen nach Westdeutschland geflohen; sie ließen über 400000 ha Ackerland neben ihren Höfen und dem Viehbestand zurück.

Damit hat die Bolschewisierung Mitteldeutschlands nunmehr ein Stadium erreicht, in dem die Zerstörung der Kernsubstanz des Volkes beginnt.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juni 1952 wurden durch die Beschlüsse über den „Aufbau des Sozialismus auf dem Lande“ sämtlichen Bauern, deren Besitz mehr als 20 ha umfasst, das Recht der bäuerlichen Existenz abgesprochen. Damit war das Todesurteil über die 47800 Betriebe über 20 ha gesprochen. Sie teilen das Schicksal des enteigneten Großgrundbesitzes, nämlich die Aufsiedlung der großen Güter durch die sogenannte Bodenreform. Anstatt fachlich geeignete Neusiedler heranzuziehen, brachte man in erster Linie überzeugte Kommunisten in die Dörfer. So sind 57% der Siedlerstellen von Nicht-Landwirten besetzt worden; auch hierin liegt eine der Ursachen für den Zusammenbruch der Versorgung. Man hat aber diesen Zustand bewußt herbeigeführt, um damit die Vorbedingungen für die beabsichtigte Gesamtkollektivierung zu schaffen.

Der Bauer als Staatsfeind diffamiert

Der frühere Präsident der Verwaltung für die Land- und Forstwirtschaft, Hörnle, erklärte: „Die Bodenreform bedeutet natürlich keinen Fortschritt im eigentlichen Sinne, wenn nämlich der Bauer von der Pferdebespannung zur Kuhbespannung kommt. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt; doch dieser Schritt zurück ist mit Rücksicht auf die Mentalität des deutschen Bauern zur Erreichung des Endzieles, der Kollektivwirtschaft, notwendig und geboten.“ Daraus geht klar hervor, daß es in der Absicht dieser Bodenreform lag, durch ihre Unzulänglichkeit die Voraussetzung zur ersten Stufe der Kollektivierung zu schaffen. Es wurde dann der Zusammenschluß der „werk tätigen Bauern“ zu Produktionsgenossenschaften proklamiert, denen vordringlich Maschinen und Geräte, Düngemittel, Brennstoff und Saatgut zur Verfügung stehen; dagegen wird dem als Staatsfeind oder Wirtschaftsverbrecher diffamierten Bauern mittels erprobter wirtschaftlicher und finanzieller Zwangsmaßnahmen und Lenkungsmethoden unmöglich gemacht, seine Erzeugungspflichten zu erfüllen. Die gesamte Landmaschinenproduktion z. B. kommt ausschließlich den Staatskollektiven und Produktionsgenossenschaften zugute.

Gleichzeitig aber wird von der Seite des Ablieferungssolls her die Schraube der wirtschaftlichen Bedrängung angezogen. So haben Betriebe über 20 ha beispielsweise 18,7 dz Getreide pro ha abzuliefern, während bei den Produktionsgenossenschaften das

Soll pro ha bei 5,5 dz liegt. Bei Kartoffeln müssen der Bauer 104,7 dz pro Hektar, die Produktionsgenossenschaften dagegen nur etwa 41 dz pro Hektar aufbringen. Dem eigenständigen bäuerlichen Betrieb fehlen die Arbeitskräfte; sie werden ihm durch die behördliche Arbeitsvermittlung bewußt vorenthalten, um ihm auch auf diese Weise die Erreichung des Solls zu erschweren.

Von allen Seiten wird der Bauer so außerstande gesetzt, den auferlegten Ablieferungspflichten nachzukommen. Nichterfüllung des Solls aber liefert ihn der Staatsanwaltschaft aus, die ihn nach den Gesetzen dieser Zone zum Wirtschaftsverbrecher und Saboteur stempeln kann.

440000 ha verlassenes Ackerland – und das Saatgut fehlt

Durch eine Verordnung über „verlassene landwirtschaftliche Betriebe“, die schon im Jahre 1952 erlassen wurde, bemühte sich das Regime zunächst, den herrenlosen Besitz, der sich zur Zeit auf rund 440 000 ha belaufen dürfte, wenigstens noch zum Teil der landwirtschaftlichen Nutzung dieses Jahres zuzuführen. Es wurden Treuhänder auf den verlassenen Höfen eingesetzt, und man versuchte durch Abkommandierung von Polizeiverbänden und durch Rekrutierung zusätzlicher Arbeitskräfte aus den Städten – hierbei handelt es sich vorwiegend um Frauen und Rentner – die Bestellung zu erzwingen. Bald zeigte sich aber, daß die Bauernverfolgung nicht nur einen Mangel an Arbeitskräften nach sich gezogen, sondern daß die Zwangsmaßnahmen der Regierung auch die Saatzucht gefährdet hatten und nun nicht genügend Saatgut vorhanden war.

Durch die Umorganisation des Genossenschaftswesens hat man die selbständigen Bauern aus den leitenden Positionen der bäuerlichen Organisationen ausgeschaltet. Hierzu äußerte sich der Vorsitzende der „Vereinigung gegenseitiger Bauernhilfe“ in Thüringen wie folgt: „Soll die Vereinigung den werktätigen Bauern im Kampf gegen fortschrittsfeindliche Elemente im Dorf – Großbauern und andere Reaktionäre – helfen, dann müssen die Organisationen selbst von solchen Elementen frei sein. Mit der Entfernung der Großbauern aber ist nur ein halber Schritt getan, ihr muß die Entfernung der Kinder und der anderen Verwandten der Großbauern folgen“. Diese Worte machen deutlich, welchen politischen Kurs man eingeschlagen hat. Aber nicht nur Großbauern haben sich durch ihre Flucht dem Zwangskollektiv entzogen, die große Zahl der Landarbeiter und Kleinbauern unter den Flüchtlingen zeigt, daß die Alternative zu der Existenz im Kollektiv auch für sie nur die Flucht bleibt.

Vernichtung der Privatwirtschaft, Unternehmer wird der Staat

Im Laufe der letzten acht Jahre sind dem Wirtschaftsgefüge der sowjetisch besetzten Zone tiefgreifende strukturelle Veränderungen aufgezwungen worden. Entschädigungslose Enteignungen aller Art spielen dabei eine wesentliche Rolle. Neben der Bodenreform sind die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen, die Schaffung der „volkseigenen“ Wirtschaft und manche anderen Vorgänge nur besondere Erscheinungsformen im Rahmen der Gesamtentwicklung. Dazu gehören auch die Versuche, bisher in freien Berufen tätige Personen auszuschalten oder ihrer Selbständigkeit zu berauben. Tendenz und Ziel sind unverkennbar: Nach sowjetischem Vorbild werden alle „kapitalistischen“ Elemente im Wirtschaftskörper systematisch beseitigt. An die Stelle des

privaten Unternehmertums tritt überall der Staat. Hierbei spielt die Besteuerung als ein Mittel des Klassenkampfes zur Vernichtung der Privatwirtschaft eine bedeutende Rolle, mag sie auch noch so gut getarnt sein.

In der freien Welt besteht die eigentliche Aufgabe der Steuern darin, dem Staat auf gesetzlicher Grundlage die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Einnahmen zu verschaffen. Die Funktion der Bedarfsdeckung steht also im Vordergrund. Daß dabei wirtschaftspolitische Erwägungen und Gesichtspunkte der sozialen Gerechtigkeit nicht unbeachtet bleiben dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit. In der Sowjetzone liegen die Dinge jedoch anders. Die großen Wirtschaftsstraßprozesse mit ihren drakonischen Strafen zeigen, daß bei der Bolschewisierung auf wirtschaftlichem Sektor nicht weniger folgerichtig vorgegangen wird als auf allen anderen Lebensgebieten. Daß man zunächst hinsichtlich der restlosen Liquidierung der Privatwirtschaft noch eine gewisse Zurückhaltung übte, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß die Entwicklung bei dem bereits in „Volkseigentum“ übergeführten Teil der Produktionsstätten und des Handels nicht den Erwartungen entsprach. Die jetzt unter entsprechenden Tarnungsmanövern verstärkt durchgeführte Entprivatisierung will im Hinblick auf die einer Lösung zustrebende gesamtdeutsche Frage offensichtlich vollendete Tatsachen schaffen.

Welches Mittel wäre dazu wohl geeigneter, als dem verbliebenen Rest der Privatwirtschaft die finanziellen Grundlagen zu entziehen? Das hat der Staatssekretär im sowjetzonalen Finanzministerium, Willy Rumpf, ganz offen mit folgender Verlautbarung gekennzeichnet: „Wir wollen den Sozialismus stalinistischer Prägung schaffen. Das erfordert die beschleunigte Vernichtung der Privatwirtschaft. Der Finanzapparat muß daher enger als bisher mit allen Stellen zusammenarbeiten, denen die Wachsamkeit und der Kampf gegen den Klassenfeind obliegt.“ In diesem Sinne erfolgen sämtliche entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Publikationen. Eine von vielen: „Steuerfragen sind Fragen des Klassenkampfes und Steuergesetze haben Klassencharakter. In den kapitalistischen Ländern, einschließlich Westdeutschlands, sind die Steuern ein Tribut zur Aufrechterhaltung des von den Monopolen beherrschten Staatsapparats. Bei uns sind die Steuern ein Beitrag zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus.“

Privateigentum fällt dem Kollektiv zum Opfer

Das Hauptmittel für den sozialistischen Aufbau bilden die Steuern. Durch das gegenwärtige Steuersystem in der Sowjetzone sollen jedoch nicht nur die Gewinne der privaten Unternehmer erfaßt, sondern auch Eingriffe in die Substanz vorgenommen werden. Dort, wo die Belange des Privateigentums die des sozialistischen Eigentums berühren, werden die Rechte und Interessen des einzelnen Bürgers denen des Kollektivs untergeordnet. All das, was auf dem Gebiete der steuergesetzlichen Enteignungsmethoden praktiziert wird, wäre unvollständig, wenn es nicht seine Ergänzung fände durch Bescheidung und Unterbindung der Kreditmöglichkeiten für die Privatwirtschaft.

Hierzu schreibt die sowjetzonale „Deutsche Finanzwirtschaft“: „Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus erfordert von unseren Kreditinstituten eine klare Erkenntnis des sich verschärfenden Klassenkampfes. Dies gilt in besonderem Maße für die Banken für Handwerk und Gewerbe, die die Aufgabe haben, durch ihre Kreditpolitik das

Handwerk zu unterstützen. Es ist ein untragbarer Zustand, wenn in den Vorständen dieser Banken kapitalistische Elemente nach wie vor einen entscheidenden Einfluß ausüben; sie bieten keine Gewähr dafür, daß die Kreditmittel nicht in reaktionäre Hände gelangen."

Dieses eine Beispiel beweist, welcher Mittel sich das Pankower System bedient, um auf Kosten der mittelständischen selbständigen Existenzen den Staatskapitalismus voranzutreiben und jenen Zustand herbeizuführen, der in der Sowjetunion bereits erreicht ist und für die Satellitenstaaten als Muster zu dienen hat.

Seit der Währungsreform haben sich die Eingriffe der Sowjetzonenmachthaber in die Substanz des privaten Eigentums unaufhaltsam gesteigert.

Ein Beispiel für viele: Zu Beginn dieses Jahres wurde eine Polizeiaktion gegen die Inhaber von Hotels und Fremdenheimen eingeleitet. Die größeren Betriebe wurden zwangsweise Vertragsheime des FDGB. Mögen auch die Eigentümer ihre Häuser noch selbst bewirtschaften, Belegung, Bezahlung und Lebensmittelzuteilung erfolgen über den FDGB. Laut Programm sollen diese Betriebe bereits in Kürze völlig enteignet werden.

Auch im Urlaub wird politisch „geschult“

Der Werktätige – einschließlich der sogenannten „schaffenden Intelligenz“ – soll in Zukunft nur noch über die Gewerkschaft zu seiner Ferienreise kommen können. Dies stärkt den FDGB finanziell und zugleich ist die Gewähr politischer Überwachung und Schulung auch während des Urlaubs gegeben.

Da die entschädigungslose Enteignung von Hotels und Fremdenheimen auf gesetzgeberischem Wege, gleichsam „über Nacht“, allzu unpopulär gewesen wäre, mußte „belastendes Material“ bei den blitzartigen Haussuchungen gefunden werden. Wenn die Buchführung keine Beanstandungsmöglichkeiten bot, waren bestimmte Vorräte an bewirtschafteten Lebensmitteln vorhanden, etwa ein halber Zentner Zucker, eingewecktes Fleisch oder Fische. Hierbei wurde kurzerhand unterstellt, daß diese nur den werktätigen Gästen entzogen sein könnten. Wo Vorräte fehlten, genügte ein Notizzettel mit den Sendezeiten des RIAS oder ähnliches, um das betreffende Haus als „Agenten- und Spionagenest“ zu deklarieren.

Durch diese Hotelaktion verbindet das sowjetzonale Regime das Angenehme mit dem Nützlichen, indem es selbständige bürgerliche Existenzen vernichtet und zugleich seine politischen und wirtschaftlichen Belange stärkt. Die Liste der Enteignungsmaßnahmen könnte beliebig erweitert werden.

Derartige Methoden sowie die umfangreichen Reparationslieferungen für die Besatzungsmacht, die Industriefehlspekulationen, die überstürzten Rüstungsaufwendungen und die verschleierten Steuereinnahmen über die horrenden Preise der Handels-Organisation haben den Lebensstandard der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone in unerträglichem Maße gesenkt.

Eine sehr differenzierte Staffelung des Lebensmittelkartensystems sowie die noch immer bestehende Rationierung wertvoller Lebensmittel (Fett, Fleisch, Milch, Zucker) zerrütteten den Gesundheitszustand weitester, vom System nicht begünstigter Volkskreise.

Es waren nicht zuletzt alle diese geschilderten Maßnahmen und Zustände, die eine seit Jahren sich immer stärker anstauende Abneigung und Empörung gegen das sowjetzonale System aufkommen ließen. Das, was in Berlin und in der Sowjetzone in den Junitagen dieses Jahres geschehen ist, war der erste verzweifelte Versuch, sich von diesem System zu befreien. Es war ein Anfang, der in der politischen Initiative der westlichen Welt nun seine Fortsetzung finden muß.

Politischer Querschnitt

Unter dieser Überschrift bringen wir von nun ab in jeder Ausgabe eine gedrängte Übersicht über das tagespolitische Geschehen. Wir glauben, damit einem weitgehenden Bedürfnis unserer Leser Rechnung zu tragen, denn – nur wer sich eingehend informiert, kann eine verantwortungsbewußte politische Entscheidung treffen. (Die Red.)

Unabdingbare Voraussetzungen zur Wiedervereinigung Deutschlands

Der Bundeskanzler betonte am 10. Juni vor dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage Deutschlands nachdrücklich, er begrüße eine Viererkonferenz, wenn sich irgendeine Aussicht auf Erfolg zeige, und zwar in dem Sinne, daß „die Politik, die wir bisher bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt haben, auch wirklich zum Durchbruch kommt“. Mit Ausnahme der Kommunisten billigte der Bundestag danach einstimmig eine Resolution, in der folgende „unabdingbaren Voraussetzungen“ für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit niedergelegt wurden:

1. Freie Wahlen für ganz Deutschland;
2. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung;
3. Abschluß eines frei mit Deutschland verhandelten Friedensvertrages;
4. Regelung aller territorialen Fragen in diesem frei mit Deutschland verhandelten Friedensvertrag;
5. Handlungsfreiheit für eine gesamtdeutsche Regierung, Verbindungen mit anderen Ländern einzugehen im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen.

Damit widerlegte der Bundeskanzler das Argument der Opposition, die Bundesregierung trachte danach, eine Konferenz der vier Großmächte über Deutschland zu verhindern, und zwang auf der anderen Seite die Sozialdemokratie, sich der Konzeption der Bundesregierung über die Wiedervereinigung anzuschließen, wenn sie nicht das Stigma auf sich nehmen wollte, die Schaffung eines Gesamtdeutschlands auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zu befürworten.

Ollenhauer plädierte für das Potsdamer Abkommen

Der SPD-Vorsitzende erklärte in der Öffentlichkeit und vor dem Deutschen Bundestag, das Potsdamer Abkommen als vertragliche Abmachung zwischen den vier Besatzungsmächten sei keine so erschreckende Angelegenheit; als materielle Grundlage für Vierergespräche sei es zwar un diskutierbar, dagegen aber als juristische Grundlage für Vorgespräche der Hochkommissare notwendig. – Die Folge dieser Haltung ist ein rapides Ansteigen der offiziellen Sympathien in der Sowjetzone für die Sozialdemokratie. Pankow forderte eine gemeinsame „Volksfront“.

Potsdam, das bedeutet:

1. daß der künftige Friedensvertrag von den vier Besatzungsmächten vereinbart und Deutschland anschließend zur Unterschrift vorgelegt, d. h. oktroyiert wird;
2. daß Deutschland weder nach Osten noch nach Westen irgendeine Bindung eingehen darf, also „Neutralisierung“ und nach den Erfahrungen mit der sowjetischen Expan-

sionspolitik unter dem Zeichen des Kalten Krieges seit 1949: Umwandlung der Bundesrepublik in einen sowjetischen Satelliten und damit zugleich definitives Aufgeben der Sowjetzone;

3. dauernde wirtschaftliche, politische und militärische Kontrolle Deutschlands durch die Besatzungsmächte;
4. nach sowjetischer Vorstellung die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Dr. Heinemann's „Neutralität“

Der Vorsitzende der Gesamtdeutschen Volkspartei, Dr. Dr. Gustav Heinemann, diskutierte mit dem Mitglied des Geschäftsführenden CDU-Vorstandes, Dr. Robert Tillmanns, vor Studenten der Universität Bonn über die Frage: „Führt die Bonner Politik zur Einheit?“ – Dr. Heinemann plädierte erneut für die strikte Neutralität Deutschlands, um es damit aus dem Ost-West-Konflikt auszuklammern mit der Begründung, dieser Zustand sei für beide Seiten „so interessant“, daß keiner der anderen erlauben würde, unser Land mit Beschlag zu belegen. Zugleich forderte er den Verzicht auf freie Wahlen als Voraussetzung für einen Zusammenschluß, weil sonst die „Gefahr“ bestünde, daß ein wiedervereinigtes Deutschland und in ihm ganz besonders die unterdrückten Bewohner der Sowjetzone einmütig für die Freiheit und damit für den Westen optieren würden. Dr. Heinemann erwartet, daß sich die sowjetischen Divisionen aus Deutschland zurückziehen, wenn dem Kreml nur garantiert werde, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland nicht für den Westen entscheide.

Dr. Tillmanns vertrat dagegen die Konzeption der Bundesregierung, die Gemeinschaft des freien demokratischen Westens so einig und damit so stark wie möglich zu machen, weil nur dies die Sowjets veranlassen könne, den Kalten Krieg aufzugeben und in einem Heißen Krieg ein totales Risiko zu sehen. Dr. Tillmanns führte für seine Behauptung, daß die bisherige Entwicklung die Richtigkeit der außenpolitischen Linie der Bundesregierung bewiesen habe, als Beispiel die Berliner Blockade an, bei der die Sowjets die absolute wirtschaftliche Abwürgung Westberlins stoppten, als ihnen die Westmächte einmütig durch eine politisch-militärische Garantie für Berlin und durch die Luftbrücke entgegentraten.

Das Politbüro empfiehlt....

Das SED-Politbüro hat am 10. Juni der Regierung der Sowjetzone im Zeichen der sowjetischen „Friedensoffensive“ die Aufhebung einer Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die in den letzten Monaten getroffen worden waren, um die Sowjetisierung der Zone zu beschleunigen. Dazu gehören u. a.: Aufhebung der Sperre von Lebensmittelkarten für breite Schichten der Bevölkerung, Straferlaß für leichtere Fälle von „Wirtschaftsverbrechen“, Erleichterungen im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone, gemilderte Steuereintreibung, Neueröffnung geschlossener privater Unternehmen und Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums an Flüchtlinge im Falle ihrer Rückkehr.

Diese „Empfehlungen“ wurden sowohl in der Bundesrepublik, als auch im Ausland mit Überraschung zur Kenntnis genommen; politisch unterrichtete Kreise sehen darin in erster Linie den Versuch, die katastrophale Ernährungskrise und den empfindlichen Warenmangel in der Sowjetzone durch eine Wiedereinschaltung der privaten Initiative zu beseitigen. Mit besonderer Genugtuung wird die von der Sowjetunion befohlene Beendigung des Kirchenkampfes vermerkt.

Sozialisten im Zwielficht

Der kommunistische Parteivorsitzende Reimann erklärte am 17. Juni vor der westdeutschen Presse, die Regierung Adenauer müsse gestürzt werden; notwendig sei eine Koalitionsregierung aller demokratischen Parteien und Gruppen, die eine friedliche Vereinigung anstrebten und eine sofortige Viererkonferenz forderten. Diese „mächtige Bewegung“ müsse sich aus folgenden Parteien zusammensetzen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum, Gesamtdeutsche Volkspartei (Dr. Heinemann), Bund der Deutschen (Dr. Wirth) und anderen „Politikern, die für die Verständigung der Deutschen eintreten und die Viererkonferenz und den Abschluß eines Friedensvertrages wollen“. –

Am gleichen Tage schrieb das linksorientierte französische Blatt „Le Combat“: „Man glaubt zu wissen, daß der sowjetische Hochkommissar in Ost-Berlin, Semjonow, über

dritte Personen Kontakt mit der Sozialdemokratie aufgenommen hat. Der Vertreter der Sowjetunion soll der SPD die Unterstützung der Sowjetzone zur Bildung einer sozialistischen deutschen Einheitsregierung vorgeschlagen haben unter der Bedingung, daß diese Regierung auf das atlantische Bündnis verzichte."

Aufstand in Ost-Berlin

16./17. Juni: Deutsche Arbeiter in Ost-Berlin und später auch in der Sowjetzone beantworteten die sowjetische Friedenskampagne und den "Neuen Kurs" mit offener Rebellion gegen das SED-Regime und den Bolschewismus. Sie legen auf den Baustellen der "Stalin-Allee" die Arbeit nieder, zunächst aus Protest gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, und ziehen zum "Haus der Ministerien". Obwohl die Sowjetzonen-Regierung die Erhöhung der Normen sofort widerruft, bildet sich ein Demonstrationzug von unvorstellbarem Ausmaß. Zehntausende strömen zusammen und fordern nicht nur die Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Zwangsarbeit, sondern auch den Rücktritt der Regierung Grotewohl sowie freie Wahlen in ganz Deutschland. Die Fensterscheiben von Ministerien werden zertrümmert, HO-Kioske angezündet, Wachhäuser der Volkspolizei gestürmt, die Rote Fahne vom Brandenburger Tor geholt und die Farben Schwarz-Rot-Gold gehißt. Die Mitglieder der SED-Regierung fliehen mit ihren Familien in die Provinz. Die Volkspolizei ist machtlos und offensichtlich von starken Kräften durchsetzt, die mit der Bevölkerung sympathisieren. Da greift der sowjetische Stadtkommandant von Ost-Berlin ein und verkündet den Ausnahmezustand. Infanterie- und Panzerregimenter werden in Eilmärschen nach Berlin geworfen und fegen die Straßen leer. Eine Welle von Verhaftungen setzt ein, die ersten Todesopfer werden gemeldet. Jugendliche greifen mit Brechstangen T 34 an und werden von ihren Ketten zermalmt. Der Aufstand breitet sich wie eine Springflut über die gesamte Zone aus und droht, die staatliche "Ordnung" zu stören. Aus sämtlichen großen Städten werden Unruhen gemeldet. Unter Anwendung aller militärischen Machtmittel geht die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit der Volkspolizei gegen die für ihre Befreiung von den Fesseln bolschewistischer Sklaverei kämpfenden Deutschen vor. Den Unruhen folgt äußerlich eine "Friedhofsruhe", unterirdisch schwelt der Aufstand jedoch weiter. Die SED-Funktionäre tauchen wieder aus der Versenkung auf. Verzweifelte Versuche zur Beschwichtigung der empörten Menschen und scheinheilige Selbstvorwürfe wechseln mit großartigen Versprechungen und dem in alle Welt hinausposaunten, von den Westmächten ganz entschieden dementierten Vorwurf, der Volksaufstand sei "von westlichen Provokateuren und Adenauerschen Kriegshetzern inszeniert" worden. Auf die Bajonette der Roten Armee gestützt, ziehen die alten Machthaber wieder ein. Der Kampf aber geht weiter. -

Der sowjetzonale Ministerpräsident Grotewohl veröffentlichte am 29. Juni einen ersten Bericht an die sowjetische Hochkommission über die Verhaftungen und Todesurteile des 17. Juni und der folgenden Tage. Danach wurden von sowjetischer Seite bis zu diesem Zeitpunkt 62 Todesurteile standrechtlich vollstreckt und 1064 Menschen festgenommen. Die Volkspolizei brachte es sogar auf 13000 Verhaftungen. Die Vielzahl derjenigen, die den Karabinern und MG's zum Opfer fielen, wie auch die Zahl derer, die in den SSD-Gefängnissen ihr Leben ließen, wurde nicht genannt.

Am gleichen Tage erklärte der Vorsitzende der Gesamtdutschen Volkspartei, Dr. Dr. Gustav Heinemann, in seinem parteiamtlichen Pressedienst, die Sowjets hätten bei der Unterdrückung des Volksaufstandes in Ostberlin und in der Sowjetzone "weise" gehandelt. Wörtlich: "Man sollte der russischen Seite zugute halten, daß sie in dem Einsatz ihrer militärischen Machtmittel Gott sei Dank nicht so weit ging, als man angesichts der doch sehr drastischen Attacken der Volksmassen befürchten mußte. Darin lag eine politische Weisheit." Dazu schrieb der Deutschland-Union-Dienst der CDU: "Wir attestieren Herrn Dr. Heinemann gern, daß der sowjetische Militärapparat sehr wohl in der Lage gewesen wäre, erheblich schärfere Machtmittel gegen die Freiheit einzusetzen. Aber: Genügt Herrn Heinemann nicht, was geschah?.... Wir meinen, daß Dr. Heinemann sich das schaurige Panorama am Abend des 17. Juni hätte ansehen und sich die Mühe machen sollen, mit einigen der Hunderttausende, die für die Freiheit auf die Straße gingen, zu sprechen. Vielleicht wäre er dann in seinem unbezähmbaren Drang, in allem, was die Sowjets auch unternehmen, ein Beispiel für ihren Willen zur Verständigung und zum Frieden zu sehen, ein wenig vorsichtiger. Oder müssen erst Hekatomben von Blut fließen, um ihm die Augen zu öffnen?"

Widerlegte Opposition

Die Bundesregierung richtete wenige Tage nach dem Beginn des Volksaufstandes in der Sowjetzone eindringliche Botschaften an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den britischen Premierminister und den französischen Ministerpräsidenten, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um dem deutschen Volke Einheit und Freiheit wiederzugeben. Die Regierungschefs bekannten sich in sofortigen Antwortnoten in voller Übereinstimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und erklärten, daß sie weiterhin die Grundsätze der an die Sowjets gerichteten Note vom 23. September 1952 verfolgen würden, die vollständig mit der Entschließung des Bundestages vom 10. Juni 1953 übereinstimmen. Damit widerlegte der Bundeskanzler überzeugend die unqualifizierten Vorwürfe der Opposition, die Bundesregierung stelle die westliche Integration vor die Wiedervereinigung und tue nichts, um die Westmächte nachdrücklich zur Unterstützung des deutschen Verlangens nach Wiedervereinigung aufzufordern.

Sofortprogramm zur Wiedervereinigung

Der Bundeskanzler erklärte am 1. Juli in der großen außenpolitischen Debatte vor dem Deutschen Bundestag, die Bundesregierung werde sich tatkräftig für die Verwirklichung eines Sofortprogramms zur Wiedervereinigung einsetzen, das folgende Punkte aufweist: Öffnung aller Zonenübergänge; Aufhebung des Sperrstreifens und der evakuierten Zone; Freizügigkeit aller Deutschen in ganz Deutschland; Presse- und Versammlungsfreiheit; Zulassung der Parteien; Schaffung demokratischer Rechtsformen zum Schutze des Menschen gegen Willkür und Terror.

Kanzlerappell an die Dreierkonferenz

Die Bundesregierung hat am Vorabend der Konferenz der drei westlichen Außenminister in Washington den Hohen Kommissaren das vorstehende Sechs-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands übermittelt. Die Westmächte wurden aufgefordert, dieses Programm den Beratungen über das Deutschlandproblem zugrunde zu legen und auch der Sowjetunion bekannt zu geben. Die Bundesregierung erklärte dazu, die Zustände in der Sowjetzone drängten zu einer Lösung; eine Initiative der Westmächte sei dringend erforderlich.

Der Bundeskanzler hat damit erneut dokumentarisch bewiesen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit das entscheidende Anliegen seiner politischen Konzeption ist, und zugleich die sozialdemokratische Agitation eindeutig Lügen gestraft.

„Beleidigung“ der Sowjetzone

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat der sowjetischen Regierung in einer am 10. Juli in Moskau überreichten Note die sofortige Lieferung von Lebensmitteln im Werte von rund 60 Millionen DM für die notleidende Bevölkerung der Sowjetzone angeboten. Ungewöhnlich schnell hat der Kreml das Angebot durch Außenminister Molotow knapp 24 Stunden später mit der „Begründung“ ablehnen lassen, „daß ein solches Vorgehen heutzutage sogar die Bevölkerung einer Kolonie beleidigen würde, ganz zu schweigen vom deutschen Volk und seiner rechtmäßigen demokratischen Regierung“. Zuvor hatte schon die sowjetzonale Regierung Grotewohl das amerikanische Anerbieten brüsk zurückgewiesen und erklärt: „Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet das Angebot als eine Beleidigung.... Es besteht keinerlei Absicht, Kaugummi oder andere für die Amerikaner unabsetzbare Ladenhüter zu kaufen.“ – Angeboten hatten die Vereinigten Staaten aber die Lieferung von Getreide, Fett, Sojaöl, Zucker und anderen Waren.

Vierertreffen vorgeschlagen – ein Erfolg des Bundeskanzlers

Die Außenminister der drei Westmächte haben sich am 13. Juli, dem letzten Tag ihrer bedeutsamen Besprechungen in Washington, darauf geeinigt, der Sowjetunion eine Konferenz der vier Außenminister über die Wiedervereinigung Deutschlands nach den westdeutschen Bundestagswahlen vorzuschlagen. Von maßgebender Bedeutung für diesen

Entschluß war der Aufenthalt des Leiters der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik, Ministerialdirektors Herbert Blankenhorn, in Washington.- Das abschließende Kommuniqué brachte eindeutig zum Ausdruck, daß: 1. das Vierertreffen nur in engster Verbindung mit der Bundesregierung stattfinden wird; 2. die Franzosen zugesichert haben, weiter hinter der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft zu stehen; und 3. die westlichen Außenminister sich das von der Bundesregierung am 10. Juni vorgelegte Fünf-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung und das Sofortprogramm vom 1. Juli zu eigen gemacht haben.

Vertrauensbeweis des US-Präsidenten

Der Präsident der Vereinigten Staaten erläuterte dem Bundeskanzler in einem privaten Schreiben die Ergebnisse der Washingtoner Außenminister-Konferenz und den Beschluß der Westmächte, die Sowjetunion zu einem Vierergespräch über die Wiedervereinigung Deutschlands einzuladen. Präsident Eisenhower betonte darin einleitend, daß sich die US-Regierung dem dringenden Wunsche des Kanzlers gemäß „mit der vollen Kraft ihrer politischen, diplomatischen und moralischen Unterstützung“ für die Abhaltung freier Wahlen in Deutschland einsetzen werde. Ohne freie Wahlen und ohne die anschließende Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gebe es keine Lösung der Deutschlandfrage. Der Abschluß dieser Entwicklung seien ein ehrenvoller Friedensvertrag und die Wiedererrichtung einer neuen vereinigten deutschen Republik als friedliches Mitglied der europäischen Völkerfamilie.

SPD-Reaktion: Schmähungen

Der SPD-Pressechef Heine erklärte zu dem als sensationell empfundenen Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den deutschen Bundeskanzler: Die Sozialisten wendeten sich mit äußerster Entrüstung dagegen, die heroischen Taten der ermordeten Ostberliner Arbeiter für die verfehlte und von Millionen verfluchte EVG-Politik Dr. Adenauers einzuspannen. Die Wirkung solcher Propagandabriefe des amerikanischen Präsidenten könne nur sein, daß sich die Mehrzahl der deutschen Wähler noch mißtrauischer und ablehnender gegenüber der von den Vereinigten Staaten so gepriesenen Außenpolitik des Bundeskanzlers verhalte.

Von einflußreichen politischen Kreisen in der Bundeshauptstadt wurde diese Erklärung als Schmähung gegen den US-Präsidenten und als verbrämtes Bekenntnis zum Bolschewismus bezeichnet.

EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN . . .

Wir möchten an dieser Stelle auf eine Neuerscheinung aufmerksam machen. Es handelt sich um das 76-seitige Büchlein des Tübinger Theologie-Professors D. DR. HELMUT THIELICKE: „DIE EVANGELISCHE KIRCHE UND DIE POLITIK“, erschienen im Evangelischen Verlagswerk Stuttgart, kartoniert zum Preise von DM 4,50.

Wir können für diese Schrift nicht dankbar genug sein. Ihr Wert liegt darin, daß sie nicht irgendeinen parteipolitischen Standpunkt vertritt, sondern sich mit dem Problem der Beziehung Kirche-Politik in grundsätzlichen Betrachtungen auseinandersetzt. Zu diesem Grundsätzlichen gehört, daß die Kirche sowohl über den Zeiten steht, weil sie aus der ewigen Hand Gottes kommt, als auch in der Zeit lebt, weil sie mit der jeweiligen gesellschaftlichen Situation verbunden ist. Dieser polaren Spannung wurde nicht immer Rechnung getragen. Wenn die Kirche aber in der Zeit lebt, kann sie es sich nicht leisten, an den uns alle bedrängenden Fragen, wie z.B. Ost-West-Konflikt, Ver-

teidigungsbeitrag, Mitbestimmung im Betrieb, schweigend oder gar in Weltverachtung vorüberzugehen. Denn: „Weltverachtung ist Verachtung eines Bezirkes, für den und in dem der Gottessohn gestorben ist.“

Entscheidend ist nun, in welcher Weise die Kirche Stellung nimmt. Thieliicke zeigt dies in bezug auf den Ost-West-Konflikt an zwei praktischen Beispielen. Zunächst untersucht er das 1950 gesprochene Nein der Rheinischen Landessynode gegen die Aufrüstung. Mit diesem Nein hat die Kirche ihre Zuständigkeit überschritten, wie sie ebenso mit einem Ja über den Rahmen des Erlaubten hinausgegangen wäre. Warum? Die Frage, ob es richtig oder falsch ist, deutscherseits einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, ist keine theologische Grundsatzfrage, sondern eine politische Ermessensfrage. Eine politische Ermessensfrage kann aber von der Kirche als Ganzem weder mit einem Ja, noch mit einem Nein entschieden werden. Politische Ermessensfragen gehen den einzelnen Christen in der Gemeinde an. Er ist es, der mit seinem Gewissen vor Gott steht und die ganze Bürde der Entscheidung auf seine eigenen Schultern laden muß. Die Aufgabe der Kirche besteht darin, eben dieses Gewissen wachzuhalten und jedem Einzelnen den Ernst und die Tragweite seiner Entscheidung – bestehe sie nun im Ja oder im Nein – deutlich zu machen. Dabei darf der Gewissensanruf nicht im Allgemeinen stecken bleiben, denn sonst kommt es zu keiner echten Gewissensentscheidung. Die Kirche hat diejenigen, die den Verteidigungsbeitrag bejahen, auf den „bedrohlichen Sog der Kriegsapparatur“ hinzuweisen, wie den Vertretern des Nein die ungeheure Gefahr der russischen Dampfwalze und den im Wesen des Bolschewismus liegenden Expansionsdrang vor Augen zu führen. Die Entscheidung selbst aber darf keine Synode ihren Gliedern abnehmen.

Beim zweiten Beispiel beschäftigt sich Thieliicke mit dem Satz Heinemanns: „Gott hat uns die Waffen aus der Hand geschlagen.“ Auch hier dringt Thieliicke wieder zum Grundsätzlichen vor und meldet einen theologischen Protest an, wenn man diese persönliche Meinung Heinemanns zu einem kirchlichen Bekenntnis zu erheben versucht. „Auf die Kanzel gehört jenes Bekenntnis auf keinen Fall, weil es niemals die Gemeinde als Ganzes zu binden vermag.“ Dies um so weniger, wenn aus dem Bekenntnis der Schluß gezogen werden soll: also ist es nicht erlaubt, wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen. In diesem Fall würden wir die private Meinung einer Person zu einer geschichtstheologischen These für die Kirche erheben. Wer aber wollte sich das anmaßen? Überhaupt kommen wir dem Satz Heinemanns erst dann näher, wenn wir die Tatsache der uns genommenen Waffe mit dem Zweck in Verbindung bringen, für den wir sie führen mußten. Der Satz muß also lauten: „Gott schlug uns die Waffen aus der Hand – nicht weil wir sie überhaupt getragen haben, sondern weil wir sie zu diesem Zweck getragen haben, weil wir sie aus verruchten Händen empfangen.“ Aus dem Satz Heinemanns kann jedenfalls keine Proklamation des Pazifismus als für uns theologisch legitim abgeleitet werden. Tut man das doch – und mancherorts tut man es –, beschwört man damit einen neuen, wenn auch unechten Kirchenkampf herauf. Unecht ist der Kirchenkampf deshalb, weil man eine ganz bestimmte politische Ansicht zur „alleinseeligmachenden“ erklärt und über die andere politische Entscheidung das Anathema, das „verflucht seiest du!“, verhängt. So aber geht es nicht. Die Kirche ist kein unfehlbares Außenministerium.

An diesen zwei Beispielen möge man erkennen, von welchem aktuellen und gleichzeitig grundsätzlichen Wert die Schrift Thielicke's für jeden ist, der sich bemüht, zu einer klaren politischen Stellungnahme zu gelangen. Sie behandelt auch die Erscheinung des totalen Staates, sowie Karl Barth's verharmlosende und dadurch so gefährlich wirkende Sicht des Bolschewismus.

Der Schrift ist größte Verbreitung zu wünschen und ihre Anschaffung dringend zu empfehlen, zumal sie in allgemeinverständlicher Sprache und gleichzeitig in formvollendetem Stil geschrieben ist.

Pfarrer Dr. Gerhard Bergmann

UNS WIRD GESCHRIEBEN

Europäische Verteidigungsgemeinschaft - Ja oder Nein?

....Es freut mich sehr, daß Sie mit Ihren „Politischen Briefen“ Anlaß zu einer offenen und fruchtbaren Aussprache geben wollen. Mir scheint nichts wichtiger zu sein als dieses immer wieder aufgenommene und weitergeführte Gespräch. Wobei ich allerdings sehr stark die Besorgnis empfinde, daß wir gar nicht mehr recht aufeinander hören können. Ich habe da zunächst immer noch die leidigen Worte des Herrn Bundeskanzlers im Ohr, mit denen er alle, die nicht für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands eintreten, als Dummköpfe und Verräter gebrandmarkt hat. Solange solche bösen Worte zwischen uns stehen, kann es ja nicht zu einem guten Gespräch und einem ehrlichen Aufeinanderhören kommen....

Zur Frage der Verteidigungsgemeinschaft: Sie wissen selbst, wie groß gerade in den Reihen der evangelischen Kirche und darüber hinaus in unserem Volke die Besorgnis im Blick auf die Konzeption des von Ihnen gestützten Bundeskanzlers ist. Sie sollten aus Ihrer christlichen Verantwortung heraus diese Besorgnis doch sehr ernst nehmen und vorsichtig sein in der Verfolgung Ihrer politischen Ziele, wenn es um Verträge geht, die unseren Weg für ein halbes Jahrhundert bestimmen sollen und die wohl vom Parlament ratifiziert werden konnten, die aber vom Volk weithin eben nicht ratifiziert werden, nicht aus Bosheit oder Unkenntnis der politischen Lage, sondern aus tiefster Sorge um die Brüder und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang und um die Erhaltung des Friedens in der Welt!....

Wo wollen Sie Deutschland verteidigen oder meinetwegen auch Europa?.... Wie stellen Sie sich im Falle eines etwaigen russischen Angriffs, mit dem im Grunde ja niemand mehr ernsthaft rechnet, eine „Verteidigung“ Deutschlands oder Europas vor?.... Gibt es denn noch eine mögliche Art der „Verteidigung“, deren notwendige Folge im Ernstfall nicht die völlige Verwüstung aller uns anvertrauten Werte bedeuten müßte?....

Wir können uns darum nicht in eine Front einreihen lassen, die nach unserer ernsthaften Befürchtung den Eisernen Vorhang verewigen und den Russen, der nun einmal immer unser Nachbar bleiben wird, in einer kaum mehr zu überbietenden Weise provozieren würde....

Wie stellen Sie sich eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands vor, auf dem Wege, den Sie augenblicklich einzuschlagen für gut befinden? Sie wissen doch genau so gut wie wir, daß Frankreich eine solche Wiedervereinigung nicht will und sie jederzeit mit seinem Veto verhindern kann....

Und ist Ihnen als evangelischen Abgeordneten noch ganz wohl im Blick darauf, daß das Klein-Europa, das Sie bauen wollen, doch nun einmal ein römisch-katholischer Block sein und bleiben wird? Nehmen Sie doch hier Ihre „evangelische Verantwortung“ ganz ernst wahr und zerschlagen Sie dieses Truggebilde, das sich Europa nennt und doch nicht Europa ist?....

Pfarrer Georg Brandt, Offenbach/Main

Unsere Antwort

Sie wünschen eine offene und fruchtbare Aussprache; deshalb haben wir Ihren Brief vorstehend im Auszug wiedergegeben. Wir hoffen, die sachlich wichtigsten Abschnitte in Ihrem Sinne ausgewählt zu haben. In den bisherigen Nummern unserer Korrespondenz, vor allem in den Beiträgen zum Thema „Europäische Verteidigungsgemeinschaft – Ja oder Nein?“, finden Sie zu den meisten Punkten die gewünschte Antwort. Wir dürfen der Kürze halber darauf verweisen. Hier nur einige Ergänzungen:

Wir wollen nicht Klein-Europa bauen, sondern ein einiges Europa, das die Politische Gemeinschaft möglichst aller europäischen Nationen darstellt. Dieses Ziel ist aber nicht auf einmal zu erreichen, sondern nur schrittweise. Die Politische Gemeinschaft der sechs kontinental-europäischen Mächte ist der Kern, aus dem sich der größere Zusammenschluß entwickeln muß. Sie wird von den Staaten, die sich noch nicht beteiligen, vor allem von Großbritannien und den skandinavischen Ländern, voll bejaht. Was meinen Sie damit, wenn Sie uns auffordern, Europa zu zerschlagen?

Die soziale Wohlfahrt der europäischen Völker kann nur gesichert werden, wenn wir die wirtschaftlichen Aufgaben gemeinsam anpacken. Auch ohne die Bedrohung durch den Bolschewismus ist die Einigung Europas eine Notwendigkeit. Wir sind davon überzeugt, daß die Zeit der nationalstaatlichen Aufspaltung Europas vorbei ist.

Es ist richtig, daß bei unseren westlichen Nachbarn noch manche Bedenken gegen die Wiedervereinigung Deutschlands vorhanden sind. Ohne die Zustimmung der Westmächte ist aber eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu erreichen. Das beste Mittel, ihre Bedenken zu überwinden, ist unsere Europapolitik, die Rivalitäten und Kriege zwischen den europäischen Völkern ausschließt. Eine Abkehr Deutschlands von Europa würde die Widerstände gegen die deutsche Wiedervereinigung erst recht stärken und unüberwindlich machen.

Unser Ziel ist die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Allein können wir das nicht schaffen; dazu ist das besiegte und gesplittete Deutschland zu schwach. Wir brauchen Verbündete und Helfer. Es ist in der Vergangenheit vielleicht der schwerste politische Fehler gewesen, den Deutschland begangen hat, zu glauben, es könne auf Verbündete verzichten und sei am mächtigsten allein. Wollen wir diesen Fehler in einer tragischen Situation unserer Geschichte noch einmal machen? Für die Wiedervereinigung in Freiheit ist eine enge Gemeinschaft mit den freien Völkern der Welt schlechthin Voraussetzung.

Sie fragen, wie wir uns im Falle eines russischen Angriffs die Verteidigung Deutschlands vorstellen. Wir wollen alles tun, um zu verhindern, daß es zu einem solchen Angriff kommt. Es ist ein gedanklicher Kurzschluß, „Verteidigung“ mit „Krieg“ gleichzusetzen. Gerade weil wir unserem Land die Schrecken eines neuen Krieges ersparen wollen, beteiligen wir uns an der Schutz- und Verteidigungsgemeinschaft der freien Völker, die nach unserer Erkenntnis der einzige Weg ist, den Frieden zu sichern.

Sie halten das für eine nicht zu überbietende Provokation unseres östlichen Nachbarn. Nun, allein seine ständige Aufrüstung seit 1945 hat die Verteidigungsbemühungen der westlichen Welt ausgelöst. Er hat es durch überzeugende Änderung seiner Politik jederzeit in der Hand, daß es zu einer allgemeinen Abrüstung in der Welt kommt. Präsident Eisenhower hat dazu sehr ernsthafte Vorschläge gemacht.

Zum Schluß: Sie beklagen sich darüber, daß der Bundeskanzler in der politischen Diskussion seinen Gegnern mit harten Worten entgegengetreten ist. Wir haben uns bemüht, aus den Protokollen des Bundestages zu entnehmen, welche Rede Sie meinen. Es ist uns nicht gelungen, die von Ihnen zitierten Redewendungen zu finden. Aber selbst, wenn sie gefallen sind, dürfen wir daran erinnern, daß beinahe am Anfang der Debatte um die Verteidigungsgemeinschaft das Wort eines evangelischen Kirchenmannes von dem „Volksverrat der Regierung“ steht. Wollen wir anfangen, hier gegeneinander aufzurechnen, oder sollten wir uns nicht alle unter das Wort beugen, das von dem Splitter im Auge des Nächsten und von dem Balken im eigenen Auge redet?

Gedanken zur Seelsorge in künftigen deutschen Streitkräften

Gestatten Sie mir eine Stellungnahme.... zu der Zuschrift von Pfarrer Dingeldey („Evangelische Verantwortung“ Nr. 2/S. 20 - Die Red.)....

Pfarrer Dingeldey meint - sofern ich ihn recht verstanden habe -, den von Graf Baudissin dargelegten, eigentlich ja nur skizzierten, Plan der künftigen Wehrmacht-Seelsorge (der Kürze halber sei dieser Ausdruck erlaubt) u. a. darum bedenklich finden zu müssen, weil er ermöglicht, daß konfessionellen Verschiedenheiten stattgegeben werden könnte. Er will es vermieden sehen, daß „bekenntnismäßige Unterschiede in die Reihen der neuen Streitkräfte getragen werden“ und befürwortet stattdessen eine Art konfessioneller Nivellierung als Aufgabe unserer Wehrmacht-Seelsorge. Müssen wir aber den konfessionellen Unterschieden, die in unserem Volk nun einmal vorhanden sind, nicht auch hier Rechnung tragen, wenn wir uns unserer seelsorgerlichen Verantwortung recht bewußt sind? Solche militärischen Unionsversuche halte ich für ein äußerst fragwürdiges Beginnen. Wir hätten es dann nicht mehr mit Seel-sorge, sondern mit Seelen-führung zu tun, was nicht unseres Amtes ist. Ja, ich sehe darin einen Mißbrauch unseres Amtes, als Wehrmacht-Seelsorger „gleichschalten“ zu wollen. Man kann doch jungen Menschen, die z. B. im lutherischen Katechismus unterrichtet wurden, schon vier Jahre nach ihrer Konfirmation nicht zumuten, ihren lutherischen Glauben von dem zuständigen, zufällig reformierten Wehrmacht-Seelsorger in Frage stellen zu lassen! Warum soll ihnen problematisch gemacht werden, was ihnen als Halt für's Leben, auch für diesen Teil ihres Lebens mitgegeben ist? Es ist vielmehr die Pflicht jeder Konfession (und nicht etwa nur der einzelnen Landeskirchen), eifrig darüber zu wachen, daß den Gliedern ihrer „Jungen Gemeinde“ (!), die in den Reihen deutscher Streitkräfte stehen, stets und überall Seelsorger ihrer eigenen kirchlichen Herkunft zur Seite gestellt werden. Damit erweisen wir der Festigung des „Inneren Gefüges“ künftiger Streitkräfte und nicht zuletzt unserer wehrfähigen Jugend selbst den größten Dienst.

Im übrigen wäre es sicher in weiten Kreisen erwünscht, wenn die konkreten Absichten der zuständigen Stellen hinsichtlich einer künftigen Wehrmacht-Seelsorge einmal der Öffentlichkeit unterbreitet und damit zur Diskussion gestellt würden. Meines Erachtens dürften die Erfahrungen der deutschen Wehrmacht-Seelsorge aus den beiden letzten Kriegen allein nicht ausreichen. Begnügte man sich damit, so würde das weithin vorhandene Ressentiment von der „Höllen-Abwehr-Kanone“ kaum überwunden werden können. Ich selbst habe die amerikanische Feld-Seelsorge kennen und respektieren gelernt. Ihre Erfahrungen beim Aufbau unserer künftigen Wehrmacht-Seelsorge auszuwerten, dürfte eine nicht zu unterschätzende Aufgabe sein.

Die Gefahr, die in dem Verfahren der personellen Vorschläge durch die Landeskirchen liegt, sehe auch ich. Hierüber und über viele weitere Fragen läßt sich natürlich noch viel diskutieren, sowohl über grundsätzliche wie technisch-praktische Dinge. Aber das würde wohl über den Rahmen dieser Blätter zu weit hinaus führen.

Pastor H. P. Schmidt, Köln-Riehl

.... Sicher sind die von Pfarrer Dingeldey geäußerten Bedenken sehr ernst zu nehmen. Aber ich meine, daß wir die Widerstände einzelner Landeskirchen nur durch ihre Beteiligung an der Verantwortung aufheben können. Es erscheint mir jedenfalls kaum vorstellbar, daß führende Männer unserer Kirche sehenden Auges gegenüber dem Soldaten die gleiche Entfremdung heraufbeschwören, wie sie als unheilvolles Erbe zwischen Kirche und Arbeiterschaft besteht. Ich bin davon überzeugt, daß die Militär-Seelsorge Sache aller Landeskirchen ist und nur gemeinsam bewältigt werden kann.

Selbstverständlich muß eine konstante Leitung der Seelsorge innerhalb der Streitkräfte gesichert werden, die die Interessen des Staates der Kirche gegenüber vertritt, die Gleichmäßigkeit der Seelsorge gewährleistet und die eigentliche vorgesetzte Dienststelle der Militär-Geistlichen ist. Damit wären wohl auch die Sorgen über das Abendmahl behoben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich noch auf zwei von anderer Seite an mich herangetragene Fragen eingehen:

Ich kann der Befürchtung nicht zustimmen, daß die Landeskirchen nur einmal geeignete Kräfte für die Militär-Seelsorge stellen könnten: 1. käme ja die erste „Welle“ zurück und 2. sollten in sechs bis acht Jahren auch wieder neue Geistliche herangebildet sein.

Die Ausbildung von Militär-Seelsorgern nur an Schulen der Streitkräfte erscheint gefährlich. Hier kann allzu leicht ein Menschentyp wachsen, der weder Geistlicher noch Soldat ist und damit auch von keiner Seite ernstgenommen wird. Wir brauchen aber gerade Geistliche, die dank ihrer Bildung manches geben können, was im normalen Truppenrahmen fehlt, und nicht nur als „Kamerad“, sondern auch als Autorität von dem sprechen können, was außerhalb des Dienstes liegt.

Wolf Graf von Baudissin, Bonn
Referent in der Dienststelle Blank

.... Nun einige Worte zu dem Gespräch über eine zukünftige „Wehrmacht-Seelsorge“, das ich in diesen Blättern mit regem Interesse verfolgt habe; denn ich weiß, was es bedeutet, als Soldat in einer ganz anderen Welt mit anderen Gesetzen zu stehen....

Wie wäre es, wenn man den Gedanken der evangelischen Laienarbeit hier einmal im Großen wagen und den Christlichen Verein Junger Männer mit dieser Aufgabe betrauen würde? Denn:

1. ist der CVJM nicht streng konfessionell gebunden und hat stets die Türen nach sehr vielen Seiten offen gehalten vom Mitarbeiter bis zum Besucher;
2. hat er durch seine nahezu hundertjährige Arbeit am deutschen jungen Mann eine Erfahrung im Umgang mit ihm und in seiner religiösen Betreuung gewonnen, die größer ist als die vieler Pfarrer.

Dazu kommt, daß die Mitarbeiter des CVJM aus allen Volksschichten stammen. Durch sie wäre die weithin bestehende Kluft zwischen dem Pfarrer und dem jungen Mann von heute leichter zu überwinden und er würde ansprechbarer für die Anliegen der Seelsorge, die sich doch in diesem Alter am wenigsten auf Amtshandlungen erstreckt.

Die notwendigen konfessionell gebundenen Handlungen könnten von den entsprechenden Geistlichen unabhängig davon ausgeführt werden.

Christian Schoberth, Geislingen/St.
